Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Interna… Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / R…
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Ju…

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlag… Dresden-A. Geschäftsstelle und Re… daktion: Güterbahnhofstr. 2, … 20. Postscheckkonto: Dresden 19 600. Sprechstunden: Montags 16—18 … allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, … freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde

6. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 29. Oktober 1930 — Nummer 253

Sammelt für Berlin!
Berlin muß siegen!

Alarm für alle Arbeiter Deutschlands!

Niederträchtiger Dolchstoß soll die Front der Metallarbeiter zur Strecke bringen

Verrat in Berlin — Bedingungslose Kapitulation der SPD-Führer vor Brüning und dem Unternehmertum — Jetzt äußerste Verstärkung eurer Solidaritätsaktion! — Sammelt Munition! — Führt den Kampf um eure Forderungen!

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurden gestern abend zwischen der Regierung Brüning, den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern folgende Vereinbarungen getroffen:

Die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsspruch einer Schlichtungsstelle. Sie besteht aus drei „Unparteiischen", die vom Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit beiden Parteien ernannt werden.

Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind äußerst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in den ersten Tagen des November zu erfolgen und ist endgültig. (!)

Den Vorsitz des neuen Schiedsgerichts wird voraussichtlich der frühere Zentrums-Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führen.

*

Die offiziellen Telegrafen-Agenturen haben bis in die späten Nachtstunden das Ergebnis des Schlichters beim Arbeitsminister verheimlicht, um die Metallarbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Vereinbarung selbst ist das Resultat politischer Vorbesprechungen zwischen der Brüning-Regierung und Severing, unter Teilnahme der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Schildhalter der halbfaschistischen Brüning-Regierung vom 18. Oktober opfern die Interessen der Berliner Metallarbeiter für ihre schändliche Koalitionspolitik.

Wie wir gestern vorausgesagt haben, so soll es nach diesen Verhandlungen kommen. Die Abwürgung soll nach dem Muster des Nordwest-Streiks im Dezember 1928 sich vollziehen. Da gingen die Proleten in die Betriebe zurück, und dann hat Severing noch den offiziellen Hungerschiedsspruch als Sonderschlichter verschärft. Der gleiche freche Verrat nach dem Rezept Severings soll sich auch jetzt vollziehen. Urich will zunächst den Streik abwürgen.

Wenn die Armee der Metallarbeiter nicht mehr im Kampf steht, wenn sie in die Betriebe zurückgegangen sind, dann soll durch das neue Schiedsgericht der Lohnraub diktiert werden.

Urich führt den scheußlichsten Verrat, den gemeinsten Streikbruch, die bewußteste Preisgabe der Interessen der Berliner Metallarbeiter an die industriellen Scharfmacher durch.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition fordert die Metallarbeiter auf, sofort in großen Versammlungen zu beschließen: Wir pfeifen auf die Vereinbarung! Wir streiken weiter! Wir verstärken sofort den Streikschutz auf der ganzen Linie! Wir führen den Streik unter selbstgewählten Kampfleitungen für die Kampfforderungen der RGO bis zum Sieg weiter!

Aber das Judaswerk der Bürokratie ist nicht nur eine Angelegenheit des Proletariats. Der Sieg, den die Berliner Metallindustriellen beim Abbruch des Streikes erreichen würden, würde die ungeheuerlichsten Folgen für die Arbeiter ganz Deutschlands haben.

Der Niederlage in Berlin würde ein Schandschiedsspruch für die sächsische Metallindustrie auf dem Fuße

Hoch das revolutionäre Streikbanner!

RGO-Konferenz beschließt: Keine Zahlung der Mieten, Gas, Wasser und Licht, Einbeziehung der Lehrlinge in den Streik — Verstärkung des Streikschutzes — Entfernung der Polizei von den Betrieben

Berlin, 28. Oktober. (Eigener Bericht.)

Im Zirkus Busch fand heute vormittag eine große, von der RGO einberufene Delegiertenkonferenz der streikenden Metallarbeiter statt. Die Konferenz war von allen streikenden Betrieben der Metallindustrie beschickt. Es waren über 3000 Delegierte anwesend. Das Referat hielt im Auftrage der RGO-Industriegruppenleitung Metall der Genosse Ulbricht, dessen Ausführungen mit stürmischem Beifall begrüßt wurden.

Die Konferenz faßte eine Reihe entscheidender Beschlüsse für die Fortführung des Kampfes. Gegenüber den Versuchen der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer, den Streik durch Einsetzung eines neuen Schlichters und Fällung eines Schiedsspruches, der, wie immer er auch ausfallen mag, die Durchführung des Lohnraubs bedeutet, beschloß die Konferenz, den Kampf für die Forderungen der Metallarbeiter unter der Führung der RGO fortzusetzen. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die Berliner Metallarbeiter pfeifen auf Schlichtungsdiktate der Diktaturregierung Brüning und ebenso auf die Vereinbarung der Brüning, Borsig, Severing und Urich."

Es wurde beschlossen, den Streikschutz zu verstärken, die Lehrlinge restlos in den Streik einzubeziehen und die Zurückziehung der Polizei zu fordern.

Die Arbeiter in allen Industrien werden aufgefordert, revolutionäre Kampfsolidarität mit den streikenden Metallarbeitern zu üben und den Kampf für ihre eigenen Forderungen aufzunehmen.

Die Konferenz beschloß: Am 1. November zahlt kein streikender Metallarbeiter Miete und die Rechnungen für Gas, Wasser, und elektrisches Licht. Mögen die Hausbesitzer und die Städtischen Werke ihre Rechnungen bei Borsig, Siemens usw. kassieren! Die Konferenz forderte die sofortige Behandlung der durch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gestellten Anträge zur Unterstützung der Metallarbeiter und beschloß, Demonstrationen der streikenden Metallarbeiter vor die Bezirksämter durchzuführen. Es wurden ferner entscheidende Beschlüsse gefaßt, die RGO zu einer Klassenorganisation der kämpfenden Metallarbeiter auszubauen, um noch besser für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein.

Die Metallarbeiter appellieren an die Arbeiter in ganz Deutschland, jede Streikbrucharbeit zu verhindern, die Solidaritätsaktion zu steigern und den Kampf um ihre eigenen Forderungen aufzunehmen.

Ein frecher Anschlag auf Dresdens werktätige Bevölkerung

Sächsische Gemeindekammer verordnet Katzen- und Hunde-, Getränke- und Musikinstrumentensteuer — SPD stimmt zu — Heraus zum Protest!

Dresden, 29. Oktober.

Die Gemeindekammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag insbesondere mit dem Dresdner Haushaltplan. Die Beschlüsse des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums wurden aufgehoben und statt dessen die Einführung der Katzensteuer, der Getränkesteuer, der Musikinstrumentensteuer und die Erhöhung der Hundesteuer verfügt. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten lediglich gegen die Getränkesteuer. Der Katzen- und Hundesteuer stimmten sie zu. Bei der Musikinstrumentensteuer enthielten sie sich der Stimme.

Ist schon das Diktat der Gemeindekammer ein Hohn auf die von der Sozialdemokratie so verteidigte bürgerliche Demokratie, so zeigt ihr Verhalten bei der Abstimmung, daß sie selbst eine der treibenden Kräfte auf dem Wege der Faschisierung der Staatsgewalt sind.

Der unerhörte Beschluß der Gemeindekammer bedeutet für tausende Dresdner Arbeiter und Mittelständler neue unerhörte Belastung. Die Kommunistische Partei zeigte als einzige den Weg, das Diktat der steuerlichen Massenausplünderung zu zerreißen. Nicht Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, sondern außerparlamentarischer Massenkampf ist die Losung. Die Kommunistische Partei wird bereits in den nächsten Tagen zu Massenkundgebungen gegen das Steuerdiktat aufrufen.

Faschismus an der „Macht"

Nazi-Franzen führt Diktatursteuern ein

Wie Frick in Thüringen, hat auch jetzt der neue Naziminister Braunschweigs, Franzen, dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, in der die Erhebung der Bier-, Kopf- und Getränkesteuer verordnet wird. Die Gemeinden, die sich weigern, diese Diktatursteuern zu beschließen, werden ihres Selbstverwaltungsrechtes enthoben. So reihen sich die faschistischen Youngknechte würdig den Führern der SPD an, die, wie in Preußen, ebenfalls Brünings Diktatursteuern verordnet haben.

Unternehmerangriff auch auf Angestelltengehälter

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Mitten in dem Schacher der sozialfaschistischen Verräter Urich, Eckert u. Co. platzt wie eine Bombe die Mitteilung, daß der Verband Berliner Metallindustrieller in einem Rundschreiben am 25. Oktober sämtliche Mitgliederfirmen aufgefordert hat, am 31. Oktober 1930 eine Kündigung der Angestellten mit Wirkung zum 31. März 1931 vorzunehmen, um einen großzügigen Gehaltsabbau durchzuführen. Die Siemens und Borsig können nur so frech sein, weil sie bereits die Zusage des Verrats der reformistischen Gewerkschaftsführer an den Berliner streikenden 140 000 Metallarbeitern in der Tasche haben.

Neuer Monsterprozeß gegen 49 Arbeiter

Wieder ist gegen 49 Arbeiter, die in Vermogrün Anfang September durch die Nazis in eine Schlägerei verwickelt wurden, Anklage erhoben worden. 31 der Angeklagten sitzen in Untersuchungshaft. Kein einziger Nationalsozialist ist angeklagt. Aber 200 Zeugen will die Staatsanwaltschaft gegen die Arbeiter aufmarschieren lassen. Wieder zeigt die Klassenjustiz, daß sie die Nazis in ihrem Terror gegen revolutionäre Arbeiter direkt begünstigt und die sich Wehrenden obendrein bestraft werden.

SLUB
Wir führen Wissen.

folgen, mit ihm der fessellose Generalangriff der deutschen Kapitalisten gegen das gesamte deutsche Proletariat.

Der Vorwärts, das inoffizielle Regierungsorgan der Brüning-Regierung, begrüßt den Verrat und besitzt die Frechheit, ihn als „Erfolg des Abwehrkampfes" zu bezeichnen. Er erklärt, daß der Schandschiedsspruch „weder für verbindlich erklärt sei, noch zur Durchführung kommen werde". Das ist ein gemeiner Betrug.

Im Gegenteil bedeutete die Unterordnung unter das überparteiische Schiedsgericht die bedingungslose Unterwerfung.

Die Stellungnahme des sozialdemokratischen Zentralorgans drückt die politische Einstellung der gesamten sozialdemokratischen Bürokratie im ganzen Reiche aus. Auch die sächsischen SPD-Führer werden die gleiche Plattform beziehen.

Die Enthebung der oppositionellen Ortsverwaltung des DMV Limbach, von der wir gestern berichteten, durch die Bürokratie, liegt in der Linie des Verrats an der gesamten deutschen Metallarbeiterschaft.

Diese offenen Spaltungsmaßnahmen sollen die Positionen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition schwächen, nicht nur eine Solidaritätsaktion mit Berlin, sondern auch den Kampf der sächsischen Metallarbeiter um die Durchsetzung eigener Forderungen verhindern.

Eine klare Linie durchzieht die Politik der SPD-Führer. Es ist die Linie des grenzenlosen Verrats, der unbedingten Koalition mit der Brüning-Diktatur. Der 18. Oktober hat dieser Politik sichtbaren Ausdruck verliehen. Es erfolgte die Ernennung Severings zum preußischen Innenminister, dessen erste Amtshandlungen die Beschlagnahme der „Roten Fahne" und der Belagerungszustand gegen das Ruhrproletariat waren. Es erfolgte das Verbot unseres Leipziger Parteiorgans durch den „links"sozialdemokratischen Fleißner.

Jetzt soll die mächtige Streikfront der Berliner Metallarbeiter der Brüning-Diktatur geopfert werden.

In wenigen Tagen wird der sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Braun, dem Finanzetat Brünings im Reichsrat seine Zustimmung geben. Bis zur Reichstagseinberufung, die durch den Sozialdemokraten Löbe verhindert wird, werden zwei Diktaturverordnungen herauskommen, eine zur finanziellen Unterstützung der ostelbischen Junker, eine andere zur verschärften Durchführung des Unterstützungsraubes an den Erwerbslosen. Während der Reichstagssession, die am 3. Dezember beginnt, wird sich die sozialdemokratische Fraktion nicht nur für die Belassung der alten Notverordnung, sondern auch für den schändlichen Haushaltplan des Brüningkabinetts aussprechen.

Von Stufe zu Stufe werden die sozialdemokratischen Führer im Sumpf der Brüning-Koalition landen.

Das ist die Einlösung ihrer Wahlversprechungen, ihrer Wahllosungen, die das Brüning-Kabinett als die „reaktionärste Regierung seit der Revolution" bezeichneten.

Werden nicht jetzt auch die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, wohin der Weg des 18. Oktober führt? Sehen sie noch nicht ein, daß die Organisierung der kämpfenden Einheitsfront nur über die Köpfe, nicht mit, sondern gegen ihre Führer möglich ist?

Die Entscheidung in Berlin stellt das Proletariat und seine revolutionären Organisationen vor eine ungeheure Verantwortung. KPD und RGO werden um jeden Preis versuchen, den Verrat in Berlin zu durchkreuzen. Sie sind sich dessen bewußt, daß gegen sie eine Welt von Feinden steht, die Unternehmer mit ihrem Staatsapparat, faschistische Streikbrecher und jetzt in erster Linie die sozialfaschistische Bürokratie. Um so dringender ist die Solidarität des gesamten deutschen Proletariats mit Berlin.

Verstärkt die Sammelaktion! Mobilisiert alle Betriebe! Verbindet eure Solidaritätsbekundungen mit der Vorbereitung des Streiks um eure eigenen Forderungen! Stellt über die Verräter des Berliner Kampfes hinweg die kämpfende Einheitsfront aller Ausgebeuteten her!

Der Verrat darf nicht gelingen! Berlin muß siegen!

Streikwelle über China

Schanghai, den 28. Oktober 1930.

In China ist die Streikbewegung stark im Zunehmen begriffen. Besonders stark ist die Streikbewegung in Schanghai, wo zum Zeichen des Protestes gegen den Lohnabbau die Textilarbeiter der Hungseng-Spinnereien in den Streik traten. Das Ortskomitee der Kuomintang untersagte den Streik, weil sich das von den Arbeitern gewählte Streikkomitee geweigert hatte, die Bestätigung der Kuomintang einzuholen. Die Kuomintang trifft Maßnahmen zur Verhaftung der Streikführer.

Entgegen den Befehlen des Ortsausschusses der Kuomintang stehen über 1000 Arbeiter in chinesischen Baumwollspinnereien und Seidenwebereien im Streik.

Die Lebensmittelbetriebe in Schanghai sind durch einen Streik stillgelegt worden.

Die Blätter berichten, die Polizei habe eine „ungeheure Verschwörung" aufgedeckt, die einen Generalstreik der Rikschakulis auf dem Territorium der ausländischen Ansiedlungen in Schanghai hervorrufen wollte. Drei Rikschakulis wurden wegen Propaganda zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt; neue Verhaftungen werden erwartet.

Bergarbeiterstreik gegen Mordsystem!

Die kapitalistischen Mordbuben von Alsdorf maßregeln rote Betriebsräte

Aachen, 29. Oktober. (Eig. Bericht.)

Nachdem trotz dem Widerstand der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie die Bergarbeiter des Wurmreviers am Tage der Beerdigung der Opfer geschlossen einen 24stündigen Proteststreik durchgeführt haben, gingen die Grubenkapitalisten zur Maßregelung der roten Betriebsräte über. Die roten Betriebsräte wurden fristlos entlassen. Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich nach dieser Provokation der Bergarbeiter. Die Belegschaften der Gruben Alexander, Carolus Magnus, Eschweil Reserve, Maria Hauptschacht und Adolf Streiffeld sind in den Streik getreten. Sie liegen vollständig still. In den übrigen Gruben sind Teilstreiks ausgebrochen.

Die Bergarbeiter des Wurmreviers haben gegen die Schuldigen am Bergarbeitermord den Kampf aufgenommen. Sie kämpfen gegen das Mordsystem, gegen das System des verbrecherischen kapitalistischen Terrors. Das ist ein Signal für die Bergarbeiter in allen Revieren. Wehrt euch überall gegen das Mordsystem! Kämpft unter Führung der RGO um eure Forderungen!

*

Bei dem Grubenunglück der Maybachgrube haben die KPD und der Rote Frontkämpferbund des Saargebiets Protestdemonstrationen gegen die kapitalistischen Arbeitermörder organisiert.

Die bürgerliche Presse tobt, daß die KPD den Arbeitern plausibel macht: Jetzt aber Schluß mit dem mörderischen Kapitalismus.

Sternwolle-Textilarbeiterinnen im Streik

Nach den Betriebsversammlungen, die die RGO für die Gesamtbelegschaft der Sternwolle-Spinnerei Bahrenfeld einberufen hat (Hamburg), beschloß die Gesamtbelegschaft, den in einzelnen Abteilungen ausgebrochenen Streik auf den gesamten Betrieb auszudehnen. Dieser Beschluß wurde konsequent durchgeführt. Nur einige Meister und Vorarbeiter arbeiten, wohlbehütet von der Eggerstedt-Polizei, noch im Betrieb. Die Mehrzahl der Streikenden sind Frauen und Mädchen. Der DTV-Bürokrat Frauböse erklärte in einer Versammlung, die nur von einem geringen Teil der Belegschaft besucht war, im Gegensatz zu den RGO-Versammlungen, die weit über tausend Teilnehmer aufwiesen, den Streik für „wild". Er mußte vor den empörten Mitgliedern des DTV die Flucht ergreifen. Die RGO wird sofort mit den anderen Betrieben des Nordwollkonzerns in Hamburg als auch in den einzelnen Textilgebieten Deutschlands in Verbindung treten, um den Kampf auf den ganzen Nordwollkonzern auszudehnen.

„Volkszeitung" bestätigt Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe

Bonzen-Diktatur gegen proletarische Opposition

Die „Volkszeitung" von gestern bestätigt unsere Mitteilung, daß die Gruppe der Dresdner Jungsozialisten aufgelöst ist. Zwar versucht das Blättchen unseren Bericht zu „dementieren". Es ist jedoch gezwungen, zu schreiben: „Bestimmte organisatorische Maßnahmen verfolgen den Zweck, ein noch innigeres Zusammenarbeiten zwischen Partei, Jungsozialisten und Arbeiterjugend herbeizuführen."

Der Bezirksvorstand hat die Mitarbeit der Jugendlichen an dem „marxistischen Arbeitskreis" und an der „Brücke", dem Diskussionsorgan der Jungsozialisten, verboten. Das beweist, daß die Volkszeitung selbst zugeben muß, daß sogar die leisesten Versuche zu einer wirklichen Opposition der Jugend unterdrückt werden. Es soll in nächster Zeit eine „öffentliche Kundgebung" stattfinden, wie angekündigt wird. Dort wird sich zeigen, ob der SPD-Vorstand überzeugt ist von der „Geschlossenheit" der SAJ und den Jungsozialisten, ob er den Mut hat, einen Diskussionsredner von uns zuzulassen.

Ein Trick ist es, die Entschließung der Reichsleitung der Jungsozialisten als einen „Beschluß der Dresdner SAJ und Jungsozialisten" hinzustellen.

In der Tat, es kracht im Gebälk der SPD. Die Jugend bricht aus. Sie macht den Betrug der Führer nicht mehr mit. Der Kommunistische Jugendverband und die KPD werden alles daransetzen, die jungen, kampfbegeisterten Arbeiter für die revolutionäre Klassenfront zu gewinnen.

*

Randbemerkung: Warum verschweigt das Dresdner SPD-Blättchen, daß unser Leipziger Parteiorgan von ihrem Parteigenossen Fleißner verboten wurde?

SPD-Bezirksvorstand Chemnitz fordert „schärfste Opposition"

Ein alter Betrug in neuer Auflage

Dresden, 29. Oktober.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge erklärt sich in einer Entschließung einstimmig für Ablehnung der Haltung der Gesamtfraktion im Reichstag. Die Taktik des Ausweichens stärke die Gefahr einer Diktatur. Es wird die „rücksichtloseste Oppositionsstellung" verlangt.

Gleichzeitig erscheint in der „Volkszeitung für das Vogtland" ein Artikel zur „Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion". Wir entnehmen daraus:

„...Anstatt die Regierung Brüning und vor allem das Zentrum unter Druck zu nehmen, haben wir darauf verzichtet, in dem geeigneten Moment, wo die ganze Arbeiterschaft Deutschlands gespannt auf das führende Wort der deutschen Sozialdemokratie wartete, die Führung des Kampfes zu übernehmen, und uns somit doch in einem gewissen Sinne vom Gegner der Regierung Brüning die Taktik unseres Handelns vorschreiben lassen. Damit aber wird der Zweck, den die Hilferdingsche Taktik erreichen will, die faschistische Gefahr zu mindern und die demokratische Basis zu sichern, nicht erreicht, sondern das Gegenteil tritt ein, wenn man über den Tag hinaus denkt. Der Parlamentarismus wird weiter diskreditiert, die Nazis sind in einem gewissen Umfang der Alternative, zu ihrer sozialen Demagogie Farbe zu bekennen, enthoben worden, und das Zentrum ist um eine Entscheidung herumgekommen. Dadurch aber wird dem Zentrum ja erst recht die Möglichkeit jener Entwicklung erleichtert, die heute schon seine österreichischen christlich-sozialen Freunde erreicht haben: Und das soll „Realpolitik" sein? Und das soll Sicherung der Demokratie sein?"

Hier wird das von uns angeprangerte Verbrechen des 18. Oktober durch eine sozialdemokratische Zeitung bestätigt. Der Witz ist nur der, daß der Chefredakteur dieser Zeitung, Herr Seydewitz, am 18. Oktober mit der Gesamtfraktion sich für Brüning erklärte. Die neue „Opposition" der sächsischen SPD-Presse ist genau so wie vor dem 18. Oktober ein Scheingefecht, um die empörten SPD-Arbeiter zu beruhigen. Wir erklären schon heute, daß diesem Scheingefecht ein abermaliges Verbrechen auch der „linken" SPD-Führer folgen wird. Sie werden am 3. Dezember den deutschen Arbeitern einen neuen 18. Oktober liefern, und abermals werden die SPD-Arbeiter die Genarrten sein, wenn sie nicht die Konsequenzen ziehen.

Reichsbannerstaffel tritt zum Kampfbund über

In einer Massenkundgebung der KPD in Liegnitz, im größten Saale, sprachen in der Diskussion zwei Sozialdemokraten, die sehr eingehend mit der Verratspolitik vom 18. Oktober abrechneten. Der Führer der Jungsozialisten, Scholaut, der über Liegnitz hinaus bei der sozialdemokratischen Jugend einen guten Ruf genießt, erklärte, daß er es mit seinem Klassenbewußtsein nicht mehr vereinbaren könne, noch Mitglied der SPD zu sein. Er erklärte seinen Uebertritt zur KPD. Ebenso erklärte der sozialdemokratische Arbeiter Jochan seinen Uebertritt zur einzigen Arbeiterpartei.

Einen besonderen Charakter bekam die Versammlung dadurch, daß auch eine Schutzstaffel des Reichsbanners teilnahm, die geschlossen in die Versammlung einmarschierte. 15 Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die Partei, 23 traten in den Kampfbund gegen den Faschismus ein. Mit einer Solidaritätserklärung für die Berliner Metallarbeiter schloß die denkwürdige Kundgebung.

Braune Mordpest schlägt fünf Reichsbannerkameraden nieder

Frankfurt a. M., 29. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Nach einer Versammlung des Reichsbanners überfiel eine Gruppe Nazis in Nierstein von der Versammlung heimkehrende Reichsbannerarbeiter. Es kam zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf 5 Reichsbannerleute schwer verletzt wurden. Bezeichnend für die Bündnispolitik der Reichsbannerleitung mit den Faschisten ist es, daß sie einen Aufruf erlassen hat, in dem die Mitglieder „aufgefordert" werden, „mit allen Mitteln weitere Zusammenstöße zu vermeiden", mit anderen Worten, sich gegen faschistische Ueberfälle nicht zur Wehr zu setzen.

Abrechnung mit Hitler

Genosse Heinz Neumann spricht in einer Nazi-Versammlung

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Herausforderung der Nazis, in ihrer Versammlung im Saalbau Friedrichshain einen Vertreter der Kommunistischen Partei sprechen zu lassen, wurde gestern im Gegensatz zu dem feigen Kneifen ihrer Führer angenommen. Genosse Heinz Neumann, nur von 10 Roten Frontkämpfern begleitet, ging in die Versammlung und forderte das Wort für die Kommunistische Partei. Während draußen die Arbeiter demonstrierten und Niederrufe gegen die Faschisten ertönten, während in den naheliegenden Prachtsälen des Märchenbrunnens eine überfüllte Versammlung der Kommunistischen Partei stattfand, hielten die nationalsozialistischen Führer aus Furcht vor der Abrechnung durch den Genossen Heinz Neumann stundenlange inhaltlose Reden. Als endlich die Versammlungsleitung dem Genossen Heinz Neumann das Wort gab, saßen die SA-Proleten, sichtlich überrascht von dem Mut der Kommunisten, erwartungsvoll da. Dieser Mut, der im Gegensatz zur üblichen Feigheit der Goebbels und Konsorten steht, machte einen außerordentlichen Eindruck.

Genosse Heinz Neumann entlarvte die betrügerische Demagogie, den vermeintlichen Kampf der Nazis gegen den Youngplan.

In der Versammlung der Kommunistischen Partei im Märchenbrunnen wagte kein einziger nationalsozialistischer Führer aufzutreten. Das ist das Kennzeichnende dieser beiden Versammlungen.

Hochwasser in der Oberlausitz

Kommunistischer Vorstoß für sofortige Hilfsaktion / Appell an alle Genossen zur praktischen Hilfeleistung

Die kommunistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem für die durch das Hochwasser geschädigten Werktätigen in der Oberlausitz sofortige Hilfsmaßnahmen gefordert werden. Der Antrag lautet:

„In den letzten Tagen sind große Teile Sachsens durch Hochwasser und Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen und Ermittlungen an Ort und Stelle haben die Anwohner dieser Gebiete bereits erheblichen Schaden erlitten und ist dringende Hilfe geboten.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. **Sofort eine Schätzung der Schäden an Gebäuden, Wohnungen und Inventar, sowie Fluren, Wintersaaten, Straßen usw. vornehmen zu lassen;**
2. **die Schätzung der Schäden wird durch eine Kommission, die durch die Geschädigten selbst gewählt wird, unter Hinzuziehung der Gemeindevertreter vorgenommen;**
3. **den Gemeinden sofort eine vorläufige Summe in Höhe von einer Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen und die Auszahlung an die Geschädigten schnellstens durchzuführen;**
4. **die vom Landtag beschlossenen Regulierungen der Flußläufe in Verbindung mit weiteren Maßnahmen für Hochwasserschutz sofort in Angriff zu nehmen.**

Dresden, den 29. Oktober 1930.

Renner

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion."

*

Die Bezirksleitung der KPD, des Jugendverbandes, der RGO und der übrigen Massenorganisationen fordern ihre Mitglieder auf, alles daran zu setzen, eine umfassende Hilfsaktion in den Hochwassergebieten zu organisieren.

„Weniger Feste feiern!", ruft die Diktaturregierung den Kapitalisten zu, die trotz des Massenelends schamlos prassen. Der Appell ist nur ein Beruhigungsmanöver, sonst nichts.

Für die Handelspolitik der Sowjetunion!

Massenversammlungen gegen die geplante Wirtschaftsblockade der Imperialisten

Moskau, 28. Oktober. In Moskau, Leningrad und anderen Städten fanden Massenbetriebsversammlungen statt, in denen die Arbeiterschaft, die Ingenieure und das technische Personal einmütig die wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung gegen die den Sowjetexport beschränkenden Länder billigen.

Die Belegschaftsversammlung der Werke „Moselektrik" faßte unter Beteiligung von 2300 Personen folgenden Beschluß:

„Alle Machinationen der der Sowjetunion benachbarten Länder, wie Polen, Rumänien usw. unter dem Deckmantel von Wirtschaftskonferenzen und wohlwollender Unterstützung des französischen Imperialismus sind bloß schlecht verhüllte Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Wir sind fest überzeugt davon, daß die unter dem kapitalistischen Joch schmachtenden Werktätigen der den Sowjetexport beschränkenden Länder es wohl begreifen, was die Herren Kapitalisten wollen, und daß sie im nötigen Augenblick, trotz all dieser Machinationen, der Sowjetunion die Bruderhand reichen werden."

Die Arbeiter und Angestellten des Leningrader Handelshafens begrüßen in einer besonderen Resolution den Beschluß des Rates der Volkskommissare über die Einstellung bzw. größtmögliche Einschränkung des Handels mit den Ländern, die den Sowjetexport boykottieren. Die Arbeiter und Angestellten des Leningrader Handelshafens geben der Regierung das Versprechen, die eigene Tonnage zu vergrößern, um die Charterung von Schiffen aus den boykottierenden Ländern einzustellen bzw. einzuschränken, die Schiffsreparaturen zu beschleunigen, die Eisbrecher für den bevorstehenden Wintertransit dringlich bereit zu machen usw.

Sie richten an die Belegschaften der Schiffbauwerften die Aufforderung, den einheimischen Handelsschiffbau zu beschleunigen und die Produktionspläne restlos durchzuführen, um die Benutzung ausländischer Schiffe möglichst einzuschränken und künftig völlig einstellen zu können.

Die Belegschaft des Werkes „Krasnyi Proletari" hat eine Resolution gefaßt, in der der Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 20. Oktober restlos gebilligt wird, und von der Sowjetregierung **entschiedene Maßnahmen** gegen das **freche Vorgehen** der Imperialisten verlangt werden. Die Arbeiter der Fabrik „Krasnyi Proletari" fordern **die ausländischen Kollegen** auf, die geplante Intervention gegen die Sowjetunion — das Land, das den Sozialismus aufbaut und für die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt kämpft — durch eine **breite Streik- und Protestaktion** abzuwenden.

Polizeikosaken am Pranger

Dublin, 28. Oktober. **In Dublin** ist es in den letzten Monaten mehrmals vorgekommen, daß mißliebige **Polizisten**, die sich den Haß der Arbeiterschaft zugezogen haben, von Unbekannten an **Laternenpfähle gebunden** wurden. An ihrer Brust befand sich eine Karte befestigt, die angab, daß sich der Polizist arbeiterfeindlich betätigt habe. Dieses „An-den-Pranger-Stellen" hat jetzt die Dubliner Polizei zu einer Reihe von Haussuchungen und Verhaftungen veranlaßt.

★

Drei **politische** Gefangene im Gefängnis von **Mountjoy** sitzen **bereits** seit September vorigen Jahres, d. h. jetzt mehr als 400 Tage in **Einzelhaft** und ohne jede Bewegung im Freien, weil **sie sich weigern**, Gefangenenkleidung anzuziehen und sich wie **Kriminalverbrecher** behandeln zu lassen.

Studentenstreiks in Spanien

Madrid, 28. Oktober. **In Sevilla** traten die Studenten zum Protest gegen die Unterrichtsordnung, die noch aus der Zeit der Diktatur stammt, in den Streik. Sie errichteten einen Scheiterhaufen vor der Universität und verbrannten ein Ministerbild. Ebenso traten die Studenten der Universität **Oviedo** in den Streik.

Revolutionäre Bauern verteidigen ihre roten Wahlkandidaten

Heldenmütiger Wahlkampf des polnischen Proletariats

Warschau, 28. Oktober. **Nachdem der Spitzenkandidat der Bauernliste „Samopomoc" im Dombrowaer Kohlenbecken, Genosse Parzelski, durch die faschistische Polizei verhaftet worden war, versammelten sich vor dem Polizeigebäude übertausend Bauern, die die Freilassung ihres Wahlkandidaten forderten.**

Die Polizei verbarrikadierte sich in dem Gebäude und legte durch das Fenster ihre Gewehre an. Die Bauern ließen sich aber nicht einschüchtern und belagerten das Polizeigebäude weiter. Die Belagerung dauerte einige Stunden. Angesichts der drohenden Haltung der Bauern holten die faschistischen Behörden stärkere Polizeiabteilungen zur Hilfe, die nach heftigen Zusammenstößen die demonstrierenden Bauern auseinandergejagt haben.

Mit großer Verspätung trifft ferner die Nachricht ein, daß das revolutionäre Proletariat von Bialystok während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen im Gefängnis von Bialystok einen demonstrativen politischen Solidaritätsstreik durchgeführt hat. Unter schwersten Umständen streikten etwa 1000 Arbeiter. An dem Streik haben alle Arbeiter einer Glashütte, zweier Tuchfabriken, einer Nagelfabrik, sowie auch mehrere Bäckereiarbeiter teilgenommen.

Die Annullierung revolutionärer Wahllisten durch die faschistischen Behörden geht weiter. In Oberschlesien hat die Wahlkommission den früheren kommunistischen Sejmabgeordneten, Genossen Komander, aus der Wahlliste der „Arbeiter- und Bauerneinheit" weggestrichen.

In Luck und Kowel (West-Ukraine) sind die Vertrauensmänner der Wahllisten „Selrob-Einheit" in dem Moment der Vorlegung der Wahllisten verhaftet worden. In der Weise ist das Vorlegen der antifaschistischen „Selrob-Einheit"-Listen unmöglich gemacht.

Ferner ist in **Krakau** die Wahlliste **der „Arbeiter- und Bauerneinheit"**, sowie auch der **PPS.-Linken annulliert** worden.

In Kalisz annullierte die Wahlkommission die Liste der **„Bauernlinken Samopomoc"**.

In dem Kreise **Krasnystaw-Hrubieszow-Janow** hat die Kreiswahlkommission die Wahlliste der **„Arbeiter- und Bauerneinheit"** annulliert.

Ebenso sind die Wahllisten der „Arbeiter- und Bauerneinheit" im Kreise Ostrow Mazowiecka und in der Stadt **Grodno** durch die Kreiswahlkommissionen annulliert worden. In Grodno hat die faschistische Polizei den Spitzenkandidaten der annullierten Wahlliste, Genossen Switsuna, verhaftet.

Barrikadenkämpfe in Rio de Janeiro

Meuternde Polizeitruppen setzen ihre Offiziere gefangen — Demonstrationen und Aufstandsversuche gegen die neue Militärdiktatur

Neuyork, 28. Oktober. **Nach Meldungen aus Brasilien fanden in der Hauptstadt Rio de Janeiro außerordentlich heftige Straßenkämpfe statt.**

Ein Teil der Polizeitruppen und einige Bataillone Bundestruppen haben gegenüber der neuen Militärjunta gemeutert. Die Polizeitruppen haben ihre Offiziere, die sich weigerten, die Meuterei zu unterstützen, in den Kasernen gefangengesetzt. Sie verbündeten sich mit der revolutionären Arbeiterschaft im Kampf gegen jede kapitalistische Diktaturregierung. In den Hauptstraßen von Rio wurden Barrikaden errichtet. Ganze Stadtviertel waren zeitweise in den Händen der Revolutionäre. Gestern abend wurden bereits über 100 Tote gezählt. Die Kämpfe dauern noch an.

Auch in Sao Paolo fanden antiimperialistische Demonstrationen statt, die zu Zusammenstößen und heftigen Straßenkämpfen führten.

General Varogas, der Führer der Aufständischen im Süden, hat die Kompromißvorschläge der neuen Militärjunta von Rio, die ihm den Präsidentenposten angeboten hatte, abgelehnt. Seine Antwort lautete, er setze seinen Marsch auf Rio fort und werde sich seine eigene Diktaturregierung mitbringen. Auch General Tavora, der Aufständischenführer von Bahia, erkennt die neue Diktaturregierung nicht an.

Der Admiral Bedford, der einen Teil der brasilianischen Flotte hinter sich hat, ist im Hafen von Rio eingelaufen und hat im Auftrage des abgesetzten Präsidenten Cuis eine Kriegserklärung an die neue Militärjunta geschickt.

Aufstand auf Formosa

Tokio, 28. Oktober. Unter den altmalaiischen Stämmen im Innern der Insel Formosa ist ein **Aufstand** ausgebrochen. Die Stämme haben entlegene **Polizeistationen** angegriffen und in einem Falle sämtliche Insassen einer **Polizeistation**, die sich durch besondere Exzesse den Eingeborenen **gegenüber verhaßt** gemacht hatten, niedergeschlagen. Es wurden Truppen und Flugzeuge nach dem Aufstandsgebiet entsandt mit **dem Auftrag**, ein **Blutbad** unter den Aufständischen anzurichten.

Hilfe für die Westukraine

Prag, 28. Oktober. In den letzten Tagen hat sich in der **Karpatho-Ukraine** eine breite Protestbewegung gegen das Wüten des **polnischen weißen Terrors** in der Westukraine entfaltet.

Eine Konferenz der arbeitenden Bauernschaft des Bezirks **Munkacevo** nahm eine Protestresolution an. Auch auf einer Volksversammlung in **Groß-Lucky**, an der 600 Personen teilnahmen, wurde eine Protestresolution angenommen. Weiter protestierten Partei- und Gewerkschaftsversammlungen in Munkacevo und **Groß-Bickiv**.

Kurze Auslandsnachrichten

In Miskolcz und Roab in Ungarn wurden gestern etwa 60 Kommunistenverhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten werden beschuldigt, in den Fabriken eine großzügige kommunistische Propaganda durchgeführt zu haben.

Die Regierung von Kuba hat wieder einmal ein „Komplott" zum Sturz der Regierung aufgedeckt und Massenverhaftungen vorgenommen.

In England begann am **Dienstag die neue** Parlamentssession mit einer Thronrede des Königs.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

26. Fortsetzung.

Ja, da erschien ihm oft der Tod wie eine Erlösung. Der Tod konnte nicht entsetzlicher sein als das unendliche Grauen des Krieges. Damals dachte Franz recht ernsthaft an den Tod. Auch jetzt. Selbstverständlich: ein gutes Wort nur, ein paar Namen angeben, und er bekam Wasser, kam vielleicht frei. „Ein gutes Wort! . . . Ein paar Namen nennen . . .!" Franz Kreusat fühlte, wie ihm das Blut ins Gesicht flutete: „Gemeinheit so was! ! Lieber einen schlimmen Tod als ein Leben, vor dem Tausende ausspeien würden!"

Er hörte zum Fenster hin. Hart knallten die nagelbeschlagenen Stiefel der um das Rathaus postierten Polizisten auf den Steinen. Harte befehlende Stimmen, ein „Jawoll" oder Hackenklappen. Sonst nichts. Keine frohen, gesprächigen Menschen, kein sorgloser Gruß oder klingendes Mädellachen. Belagerungszustand! Schweigen — Warten! Ein schreckliches, unheimliches Warten. Grüne kamen herein, flüsterten untereinander. Ihre Gesichter waren nicht mehr so zuversichtlich. Sie schienen besorgt zu sein. Franzens Ohren nahmen Wortfetzen auf: „Dortmunder — Auch aus Bochum — Polizei entwaffnet —".

„Scheißhausparolen!" sagte einer und stieß ein gedrücktes [illegible]hen aus.

„Nein" — verteidigte sich der Nachrichtenüberbringer — [illegible] wahr sein!"

Der Schwarze stieß den Kuli an: „Hast du verstanden?" Der Kuli nickte. Karl Powodny hatte nicht begriffen. Er flüsterte zu Franz hinüber: „Was haben die?"

„Bitte, keine Unterhaltung, Herrschaften!" drohte der Wachthabende. In seiner Stimme zitterte die Unruhe. In der Nachricht lag etwas, das sie entsetzte.

Da kam wieder ein Grüner herein: „Komm mal mit!" winkte er Franz Kreusat. Franz sah seine Genossen bestürzt an und ging vor dem Grünen hinaus. Es ging durch den halbdunklen Korridor, dann rechts in einen anderen Raum.

„Hier ist der Verhaftete, Herr Leutnant!" meldete der Polizist in strammer Haltung an der Tür und stieß Franz nach vorn. Es war der Offizier mit dem Knabengesicht. Er sah spitz und nicht gerade mutig aus.

„Was planten Sie für diese Nacht?"

„Nichts!"

„Schwindle nicht, mein Junge!" Das spitze Gesicht zuckte nervös. Die schmalen Hände spielten mit dem Lineal. „Sage die Wahrheit!"

Franz Kreusat erregte der höhnische Ton des Jungen. So einem, den er mit einem Griff die Rippen zerquetscht hätte, sollte er antworten. Der Offizier stand auf und warf einen Blick zum Fenster. Draußen ratterte ein Motorrad. Abgerissene, hastige Stimmen. Flüche. Er strengte sich an, den Wortwechsel zu verstehen. Auch Franz horchte gespannt hin.

Eine Ordonnanz stürzte ins Zimmer. „Herr Leutnant!" Der Offizier schnitt ihm das Wort mit einer Handbewegung ab. „Nicht hier!"

Sie gingen auf den Korridor hinaus. Franz hörte aufgeregtes Sprechen. Der Grüne an der Tür merkte, daß Franz aufmerksam geworden war und schrie ihn an: „Paß auf, du Schwein! Ich horch' dir bald!"

Dann kam der Leutnant wieder herein. Er war blaß und schien noch kleiner geworden zu sein. Um den dünnen Mund zuckte die Angst. Er gab dem wartenden Grünen einen Wink: „Ab! Die Gefangenen sofort abtransportieren!"

Der Grüne sah ihn erstaunt an. „Los, dösen Sie nicht!" schrie ihn der Leutnant an. „Los, raus!"

Ein Stoß und Franz war wieder im Korridor und eine Weile später bei den anderen. Auch dort herrschte unter den Grünen steigende Unruhe. Sie machten sich marschfertig. Fluchten.

„Freut euch nur nicht!" grollte der Wachthabende zu den Gefangenen hinüber. „Wir sind noch nicht so weit. Die Ladung ist euch trotzdem sicher. Da freß ich einen Besen, verlaßt euch darauf!"

Der Schwarze verzog freudig sein Gesicht. Er hatte aus den wirren Gesprächen das Richtige herausgehört. Die Arbeiter marschieren auf Essen zu! Entwaffnen die Polizei! Und die übrigen Genossen lasen es von seinem Gesicht ab und freuten sich mit. Trotz der Drohungen der Grünen.

„Wenn auch!" dachte Franz. „Wenn sie uns auch erschießen, sie werden ihre Strafe kriegen! Die Arbeiter werden uns rächen!"

„Raus, ihr Schweine!" Eine Gruppe Polizisten erschien und stieß sie hinaus. Wie bei der Einlieferung: überall Grüne. „Los, Beine gemacht!" Wieder Prügel. Auf die zerschlagenen Knochen Schläge und nochmal Schläge.

Franz sah im Vorwärtsrennen den Grünen mit dem hübschen Mädchengesicht. Der hob auch den Arm, schlug aber nicht zu. „Lauf schnell", rief er Franz zu. Sein zögernder Arm hinderte seine Nachbarn am Zuschlagen. Er schien den taumelnden Franz zu decken. Dann waren sie draußen.

Kurz hinter Franz Kreusat schrie der Kuli auf, wie ein Tier. Ein Gewehrkolben schlug zu und warf ihn die Treppe hinab.

„Los, aufsteh'n!" Der Kuli wurde emporgerissen. „Hände hoch! Marsch!"

Ein Lastkraftwagen wurde angehalten. „Los, rin!" Die Gefangenen hineingestoßen. Die Grünen, bis an die Zähne bewaffnet, nach. Ein Wink zum Wagenführer. Der Wagen fuhr ab.

Gegenüber Franz Kreusat saß der Grüne mit dem Mädchengesicht. Er unterhielt sich nur wenig mit den Kollegen. Oft suchten seine Augen Kreusats aufgewühlte Gedanken zu ergründen. In den Augen lag die Entschuldigung: Ich verachte eine solche Behandlung! Ich habe damit nichts zu schaffen. Und wirklich, er benutzte einen unbewachten Augenblick, als die Polizisten bei einem Menschenauflauf nach vorne drängten, und sagte zu Franz: „Hätte ich das geahnt, ich wäre nicht zur Polizei gegangen!"

(Fortsetzung folgt.)

C — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden

Dresden-Löbtau

Gasthof und Ballsaal
Bürgergarten
Lübecker Straße 16
Freitags und Sonntags mod. Ball
Verkehrslokal der Dresdner Arbeiterschaft
50166

Gaststätte Sängerheim
Wernerstraße 38
50169

Fein- und Weißbäckerei
Herm. Kosche
Kesselsdorfer Straße 5 und 42
Wallwitzstraße 35
50431

Orig.-amerikan. Expreß-Schuh-Rep.
Poststraße, im Limu
50434

Frauen-Hygiene
Sanitätsartikel, Gummiwaren, Leibbinden
Wernerstraße 46, Ecke Kesselsdorfer Straße
50565

Drogerie z. weißen Kreuz
Alfred Sachsenröder
Kesselsdorfer Str. 24, Tel. 16682
50164

Radio-Haus Fortschritt
Fritz Fissel
Reisewitzer Straße 26. Tel. 10775
50167

Dampfwaschanstalt
W. Bruchhold
Ebertplatz 12. Tel. 15728 u. 14627
Haushaltwäsche — Gewichtswäsche
50168

Möbelhaus Richard Schmieder
empfiehlt seine große Auswahl in
Möbel aller Art
Kesselsdorfer Straße 17
im Hause der Musenhalle
50163

Bulkerhandung „Tosca"
Kesselsdorfer Straße 17
Spezialgeschäft für Wäsche, Wolle, Seide, Fette und Ölsämereien
50430

Orbach & Co.
Kesselsdorfer Straße 14
bekannt billig und gut
Baumwollwaren, Strümpfe, Trikotagen
50429

Konditorei u. Café
Bestell- und Briefannahme
angenehmer Aufenthalt
Kesselsdorfer Straße
50428

Naumanns Lebensmittel
Reisewitzer Straße 15
50427

J. Röder
Holz — Kohlen — Möbeltransport
Reisewitzer Straße 19
50424

Dresden-Cotta

Ernst Pillack
Molkereiprodukte
Ecke Kronprinzen- u. Ockerwitzer Straße
50180

Lederhandlung Klemmt
Kronprinzenstraße 10
Günstige Einkaufsquelle f. Leder u. Zubehör
50179

Köckritz
Feinbäckerei, Pennricher Straße 38
50174

A. Paulus
Lebensmittel — Hausschlachtung
Elbenslebenstraße 45
50171

Marie Gelbrig, Hörigstraße 30
empfiehlt Fische, Delikatessen, Kolonial- und Grünwaren
50170

Herm. Knechte, Pennricher Str. 23
Kolonialwaren — Hausschlachtung
Zigarren — Zigaretten — 6 % Rabatt
50027

E. Lipfert
Möbeltransport u. Kohlenhandlung
Wilhelm-Franz-Straße 1
50173

Bruno Träser, Cossebauder Str. 22
Schuhreparatur und Lederhandlung
50608

Radio Elektro
Bruno Endler
50324 Mühlwegstr. 4

Otto Rubel
Brot- u. Feinbäckerei
Klopstockstraße 43
50028

Alfred Klemm
Friseur
Kronprinzenstraße 8
50330

Hans Seiffert, Klopstockstr. 38
Butter — Lebensmittel
50329

Erich Hunger
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Kronprinzenstraße 14
50178

Bäckerei und Konditorei
Max Mischke
Kronprinzenstraße 20
50177

Walter Leonhardt
Drogen, Farben, Kolonialwaren, Sämereien
Pennricher Straße 26. Fernruf 28210
50176

Arno Haustein
Kolonial-, Obst- und Grünwaren
Pennricher Straße 29
50175

J. Schneider
Holz- u. Kohlenhandlg. Tel. 29631
Lager: Gottfried-Keller-Straße 27
50606

Oskar Röder
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Cossebauder Str. 30
50609

Martha Kunze
Grünwar. u. Feinkostgeschäft
Warthaer Str. 19
50602

Bäckerei und Hefekuchenfabrikation
Wilhelm Kolbe, Dresden-Cotta
Ockerwitzer Straße 33. Tel. 21[illegible]
50500

Möbelschreinerei
Johanna Werner, Ockerwitzer Straße 11
Anf. von Serienmöbeln aller Art, sowie Reparaturen sowie Umbauten von Möbeln
50599

Klara [illegible]cher, Hamburger Str. 41
Lebensmittel
50598

Bäckerei E. Finsterbusch
Inh. K. Venisch, Weißner Straße 11
50612

Curt Pietzsch, Weißenburgstraße 30
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
50172

— — — und Ihr Kolonialwarengeschäft nur vom Fachmann
Wilhelm Mäckel, Höhnbachstraße 3
50025

Friedrichstadt

Kolonialwaren-, Lebensmittelhandlg.
August Schneider, Schäferstraße 73
50555

Josef Müller, Restaurant
Schäferstraße 34
50556

Schäler-Drogerie
Drogen — Farben — Verbandstoffe
Schäferstraße 34
50557

Fr. Hofmann
Feinkosthandlung, Schäferstraße 47
50558

Kolonialwaren
und Kaffee-Spezialgeschäft
Arthur Voigtländer
Schäferstraße 42. Tel. 22716
50559

Fische — Räucherwaren
Obst — Gemüse — Lebensmittel
Helene Preiß
Schäfer-, Ecke Menagerieстraße
50560

Hohenthal-Schenke, Vorwerkstraße 18
Gute Speisen und Getränke
50561

Weiß- u. Feinbäckerei v. M. Schäfer
Vorwerk-, Ecke Wachsbleichstraße
50562

Lebensmittel aller Art billig und gut bei
Lidda Hrasky, Vorwerkstraße 13
50563

Bäckerei und Konditorei
von Oskar Schulze, Vorwerkstr. 15
50564

Dresden-Johannstadt

Richard Knüpfer
Holz- und Kohlenhandlung
Blumenstraße 95 — Tel. 32550
50235

Alois Zimmermann
Wintergartenstraße 50
Johannstädter Schnellbesohlanstalt
50239

Adolf Tietze
Gerokstraße 55 — Tel. 60296
Holz- und Kohlenhandlung
50236

RUNDFUNK-DUNKER
Pillnitzer Straße 36 — Tel. 26 461
50240

Albin Mädler
Obst, Kolonial-, Grünwaren
Stephanienstraße 51
50237

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Fritz Hartig
Tel. 11545 — Ziegelstraße 15
50516

Zigarren-Wagner
Ziegelstraße 1
Brasil-Zigarren — Kautabake
50233

Milch, Butter, Eier, Käse, Joghurt
Melde, Holbeinplatz 7
50590

Franz Görner
Holbeinplatz 7
Feinste Fleisch- und Wurstwaren
50361

Schokoladen
Schokoladen-und
Alleiniger Hersteller der echten
Sanussa-Kaffee
Hochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen
50213

Verlangen Sie überall
Flaschenbiere und alkoholfreie Getränke
der Mitglieder des
Verein der Bierhändler von Dresden und Umgebung

Ardie
Motorradspezialist
Friedrich Berger, Terrassenufer 18
Tel. 15375
50615

Leder u. Schuhmacher-Bedarfsartikel
W. Wagner, Ziegelstraße 60
50234

Karl Schindler, Terrassenufer 9
Brot- u. Feinbäckerei
50514

Original
Müller's Nachfolger
Verkaufsstelle für Schokolade
Reuniniplatz 1
50437

Dölzschen

Schuhmacherei R. Christmann
Reparaturen aller Art, sowie Turnschuhe
Pantoffeln
Pesterwitzer Straße 17
50436

Dresden-Striesen

Huthaus Lötsch, Tittmannstraße 13b
Hüte — Mützen — Herrenartikel
50226

Rudolf Köhler, Borsbergstraße 19b
Bäckerei. Spezialität: Steinmetz-Brot
50504

Arno Pietzsch, Huttenstraße 1a
Weiß- und Feinbäckerei
50512

Kauft Lebensmittel, Milch und Butter
bei Schröter, Bärensteiner Straße 20
50510

Alfred Gehauer, Kipsdorfer Str. 104
Hausschl. Wurstwaren, Lebensmittel
50509

Johannes Lohse, Wittenberger Straße 35
Seefische — Fischwaren — Delikatessen
50499

Gustav Schmidt, Augsburger Str. 22
Beleuchtungskörper — Gasherde
Fahrräder — Reparaturen
50231

Arthur Egert
Augsburger Str. 17
Obst — Grünwaren — Südfrüchte
50230

Striesener Möbelhaus
P. Sändig, Wittenberger Str. 28
Große Auswahl! Möbel aller Art
50228

Oberlausitzer Wäschehaus
Hulda Ay, Wittenberger Straße 23
Herren- und Damenwäsche, Strümpfe
Frottierwäsche, Trikotagen — 6 % Edeka
50227

Wollwaren
HOFFMANN 8%
Altenberger Platz und Schandauer Straße 39
50362

Hugo Schaffer, Schandauer Str. 84
Lebensmittel, Obst, Südfrüchte
50506

Leder- und Bedarfsartikel
kauft beim Fachmann
Wilh. Hoffmann, Tittmannstraße 17
50224

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Emil Nitzsche
Augsburger Str. 21
Tel. 31666
50229

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Emil Otto, Schandauer Straße 61
50371

Fl. Fleisch- und Wurstwaren
August Kasper, Schandauer Str. 90
50372

Lebensmittel Franz Lehmann, Augsburger Str. 27
Ecke Tittmannstr. Zweiggeschäft: Wittenbg. Str. 21
50513

Fisch- und Delikatessen-Handlung
R. Seifert, Wittenberger Straße 89
50498

Arthur Litsche, Altenberger Str. 28
Feine Fleisch- und Wurstwaren
50518

Kauft Kohlen bei H. Pieper
Paul-Gerh.-Str. 12. Ruf 34506
50511

Kauft Möbel bei
Gebr. Schencke, Borsbergstraße 22
50503

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Albin Förster, Eilenburger Straße 7
50500

Rosen-Drogerie
Schandauer Straße 4
Fuß- und Hühneraugenleiden — [illegible]
50506

50223

Drogerie Alfred Neul
Altstriesen 29
50508

Feinbäckerei
von Alfr. [illegible]
50507

Kolonialwaren Felix Vogel
Eilenburger Straße 5
50502

Schuhreparaturen
solid und preiswert
Otto [illegible]
Altstriesen 7
50507

Ernst Hager, Schandauer Straße 72
Lederhandlung
50267

Arbeiterstimme

Nr. 253
6. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Särge! — Särge!

Die Wetterstrecken zu.
Es fehlt das Holz zum Bauen,
Die Kumpels ohne Ruh
Kohle, Kohle hauen!

Förderstrecken zu Bruch.
Keine Verwaltung stört sich daran.
Die Buden voll Schwadengeruch.
Trotzdem: Kumpel, dran!

Die Schlepper wie Zugnieh, geschleppt.
Kohle, Kohle heraus!
Jede Schicht einer verkröppt.
Unrentable fliegen hinaus.

Die Kumpels treiben und treiben,
Hinter dem Hintern der Steiger.
Der will Mindestlohn schreiben,
Kündigt, wenn ein Hauer sich weigert.

Glaubt der Kumpel, er verdiente was,
Kippt man ihm Wagen und Wagen.
Unreine Kohle! Mindestmaß!
Strafen für das verdammte Plagen.

Die Speckkammern sind immer im Schwung.
Kohlenhauer sind billig.
Frißt ein Dutzend die Förderung —
Tausend warten willig.

Särge — Särge kommen vom Schacht,
Särge voll billigen Hauern.
Hunderte Kranke, die schlapp gemacht.
Die Herren haben keine Zeit zum Trauern.

Zweihundertzweiundsechzig liegen tot.
Man sucht nach dem Schuldigen rum.
Die Schuld: Schinden! Sorgen und Not!
Fragt einer nach dem Warum?

Kumpels, zweihundertzweiundsechzig tot!
Maschinen kommen nicht mit!
Ihr aber haut Kohle ums trockene Brot!
Kampf dem Mörder Profit!

Hans Marchwitza.

Gemeinsamer Selbstmord eines Liebespaares

In einer Wohnung auf der Rähnitzgasse in Dresden-Neustadt fand man ein von auswärts zugereistes Liebespaar gasvergiftet tot auf. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Nach den bisherigen Feststellungen stammt das Paar aus Löbau. Es handelt sich angeblich um einen Steinschleifer Lehmann und eine Lotte Hennersdorf.

Diphtherie in Dresden!

Seuchenherd in der 21. Volksschule!

Mehrere Todesfälle von Arbeiterkindern — aber nur eine Klasse nach Hause geschickt

Wie uns mitgeteilt wird, ist die Knabenklasse 6 der 21. Volksschule Freiberger Platz gestern früh 9 Uhr bis zum 8. November geschlossen worden, da — wie die Kinder ins Tagebuch schreiben mußten — ansteckende Krankheiten in der Klasse vorgekommen seien.

*

Zu dieser Mitteilung wird uns aus den Kreisen der Elternschaft noch folgendes mitgeteilt:

„In der erwähnten 6. Klasse sind in der letzten Zeit 3 Schüler angeblich an eitriger Mandelentzündung gestorben. Endler und Handrick sollen die Namen von zwei der verstorbenen Kinder sein.

Aber nicht nur in der Klasse 6 sind Todesfälle zu verzeichnen, sondern auch in der Knabenklasse 8 sollen zwei Kinder, in der Knabenklasse 7 ein Kind an der gleichen Krankheit gestorben sein.

Angesichts dieser Tatsache ist es unverständlich, daß nur eine Klasse nach Hause geschickt wird, vor allem aber, daß der Oeffentlichkeit bisher von den verantwortlichen Stellen keine Mitteilung von den Erkrankungen gemacht worden ist.

Wir fragen das Schulamt, ob es die getroffenen Maßnahmen tatsächlich für ausreichend hält einer weiteren Verbreitung der Krankheit vorzubeugen. Insbesondere aber halten wir es für notwendig, daß der Stadtbezirksarzt nun endlich der Presse einen offiziellen Bericht über Art, Ursache und Auswirkung der auftretenden Krankheit gibt."

*

Stadtarzt Dr. Plache, den wir gestern anriefen, gab zu, daß es sich um Diphtherie handele. Grund zur Beunruhigung liege nicht vor.

Bei leichten Halsschmerzen sei sofortige Konsultierung eines Arztes notwendig, da das Serum bei fortgeschrittener Krankheit erfolglos bleibe.

Racheurteil gegen die Arbeiterstimme

wegen „Aufforderung zum Ungehorsam"

Dresden, den 29. Oktober 1930.

Gestern fand am Münchner Platz eine Verhandlung gegen unseren verantwortlichen Schriftleiter, den Genossen Willy Forner, statt. Die Anklage ist wegen vier, im Frühjahr veröffentlichten Artikeln und einem zum gleichen Zeitpunkt abgedruckten Programm des Jungspartakus-Treffens erhoben worden. Das Gericht erblickte in der Aufforderung an die Arbeiterkinder, sich trotz Verbot an dem Kindertreffen in Pirna zu beteiligen, einen Verstoß gegen den § 110 des StGB.

Genosse Rechtsanwalt Dr. Helm wies als Verteidiger darauf hin, daß die Verordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums, die die Beteiligung am JSB untersagt, einen Eingriff in die durch die Reichsverfassung garantierten Rechte darstellt. Das Gericht ging auf die klaren Ausführungen des Genossen Dr. Helm aber nicht ein. Es blieb seiner Rolle als Klassengericht treu und verurteilte den Genossen Forner zu der vom Staatsanwalt Dr. Hartmann beantragten unerhörten Strafe von 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Die Arbeiter aber werden der Klassenjustiz mit verstärkter Werbung für ihr Kampforgan, die „Arbeiterstimme", antworten. Das wird die beste Antwort auf die Verfolgungen der Arbeiterstimme durch die Klassenjustiz sein!

Polizeispitzel am Werke!

Orts-, Betriebs- und Häuserblockzeitungsredakteure aufgepaßt!

Die Ortsgruppe W. gibt regelmäßig für ihren Bezirk eine Ortszeitung heraus. Es ist bekannt, daß alle Ortszeitungen den sozialdemokratischen Bonzen, den Bürgerlichen als auch dem Staatsapparat recht auf die Nerven fallen. Da geschieht nun in W. folgendes:

Es erscheint eines Tages bei dem Leiter unserer Ortsgruppe ein Mann in alltäglicher Kleidung und sagt: „Sagen Sie mal, Herr X., ich habe ein Tafellied, das möchte ich gern von Ihnen geschrieben haben, da mein Bruder Hochzeit hat und ich dasselbe gern verwenden möchte. Sie haben doch eine Schreibmaschine und einen Vervielfältigungsapparat?" Dabei beruft sich der gute Mann noch auf Genossen. Unser Genosse muß aber die Frage verneinen, denn er hatte tatsächlich nicht solche gewünschte Sachen. Also: Vorsicht, Vorsicht und noch einmal Vorsicht, ihr Genossen Ortszeitungsredakteure! Schafft das Legalitätsfett ab!

Der Mann in alltäglicher Kleidung hatte „nur" die Absicht, im Auftrage der Polizei festzustellen, wer der verantwortliche Herausgeber und der Drucker der Ortszeitung ist.

Spitzel Borchert macht von sich reden

Aus den Kreisen mit uns Sympathisierender wird uns geschrieben: Am 1. Oktober war ich zu einer Befragung auf die Staatsanwaltschaft bestellt worden und traute meinen Augen nicht, als auf einmal ein junger Mensch mit verbundenem Bein angehumpelt kam und sich mühsam mit Hilfe eines Justizwachtmeisters fortbewegte. Man führte ihn der Gefangenanstalt zu. Es war ein gewisser Borchert, der Verräter der „Roten Loge", der, wie ich nun erfuhr, im September auf der Schillerstraße ein Motorrad gestohlen haben soll, damit gegen einen Baum fuhr und sich schwer verletzte. Er sitzt jetzt in Untersuchungshaft, soviel ich erfahren habe.

Raubüberfall Bamberger Straße aufgeklärt

Die von der Kriminalpolizei verfolgte Spur hat sich als richtig erwiesen. Es gelang bereits am Sonnabend morgen, den der Tat verdächtigen 17jährigen Herbert Weber festzunehmen. Er gibt den Raubüberfall, so wie er bereits geschildert wurde, zu.

„Der Sumpf in der KPD"

und vom „Dorado in der Arbeiterstimme"

Wir gestehen: es ist verdammt schwer für eine sozialdemokratische Redaktion, die Leser für einen Brüning-Kurs zu interessieren, ohne dabei einen Massenschwund an Lesern verzeichnen zu müssen. Denn schließlich kann auch eine sozialdemokratische Zeitung trotz aller Subventionen nicht nur von Freiexemplaren leben. Ein paar zahlende Abonnenten müssen schon bleiben. Wie also von den politischen Verbrechen der SPD ablenken? Einfache Geschichte. Man nimmt die „Arbeiterstimme", vermengt sie mit einem Kopf ausgemachter Lügen und überschreibt das Ganze „Der Sumpf der KPD". Und dann geht's los in dem sozialdemokratischen Blättchen von Dresden: „In dem kommunistischen Betrieb die Grundrechte der Arbeiter mißbraucht", „Entlassungen statt der berühmten Verkürzung der Arbeitszeit an der Tagesordnung", „Genosse Burkert, Genosse Renner als Diktatoren", „In ganz Deutschland keinen so reaktionären Unternehmer", und was die Druckerschwärze noch mehr aushalten muß.

Immerhin eine achtbare Leistung. Erst vor der Wahl: „Wer SPD wählt, stürzt Brüning". Als der Schwindel erledigt war: „Die Sowjetunion hat 5 Millionen Wahlgelder an Hitler gezahlt." Dann: „Renner ist abgesetzt als Führer der sächsischen KPD". Schließlich, als auch die Walze alle war: „Abonnentenschwund bei der Arbeiterstimme; der Verlag der reaktionärste Betrieb ganz Deutschlands".

Allerdings: wir sind ein Arbeiterunternehmen, das von keinen Schmiergeldern ausgehalten wird. In der kapitalistischen Gesellschaft ist auch ein kommunistischer Verlag den Gesetzen des Marktes und der Konkurrenz unterworfen. Wir würden als erste die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen, wenn sie auch in den anderen Betrieben erkämpft würde. Wir machen der Bürokratie der Buchdrucker den Vorschlag, mit allen Mitteln die von der RGO aufgestellten Forderungen in allen Zeitungsbetrieben zu erkämpfen. Wir versprechen, alle Kräfte zur Mobilisierung der Streikfront anzuspannen. Die Bürokratie samt dem Verlag der „Dresdner Volkszeitung" wird auf diesen Vorschlag pfeifen, denn seine Erkämpfung würde die Interessen ihrer bürgerlichen Koalitionskumpane verletzen. Im übrigen hat die Volkszeitung noch vor wenigen Tagen 3 Maschinensetzer entlassen. Das Geschäft geht eben schlecht am Wettinerplatz.

Auch in anderen Dingen können wir mit der Volkszeitung nicht konkurrieren. So stellen wir z. B. keine Fememörder ein. Auch geben wir dem Betriebsrat keine 300 Mark Aufwandsentschädigung, damit er über die Arbeitsverhältnisse seinen Mund hält und nicht aufsässig wird. Schließlich können wir auch mit der Abonnentenbewegung der Volkszeitung nicht Schritt halten. Währenddessen sie sich in beängstigenden Sprüngen nach unten bewegt, hat die Zahl unserer Leser vor allem seit den Wahlen einen stürmischen Aufschwung erfahren.

Verleumdet also drauf los! Aber zum Schluß noch einen Vorschlag in aller „Freundschaft". In wenigen Tagen steht im Reichsrat Brünings Haushaltplan zur Beratung. Euer Ministergenosse Braun wird ihm zustimmen und im Reichstag wird eure Fraktion nicht anders handeln. Da wird es Zeit, daß ihr eure Leser frühzeitig auf einen zweiten 18. Oktober vorbereitet.

Dazu wird aber notwendig sein, daß der „Sumpf in der KPD" in noch besseren journalistischen Meisterstücken geschildert wird. Denn wer soll auf den Gedanken kommen, daß es in der SPD stinkt, wenn die Volkszeitung Zeter und Mordio über den Sumpf in der KPD schreit?

Alsdorf in der AIZ

Im Mittelpunkt der neuen AIZ steht der 13. Jahrestag. Ein Artikel mit Abbildungen: Im dritten Jahre des Fünfjahrplanes von dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR, zeigt die Probleme des sozialistischen Aufbaues. Ueber die Rote Armee und ihre Herbstmanöver wird in zwei Seiten berichtet. Sie zeigen die Bereitschaft der Roten Armee, den Aufbau des Sozialismus zu schützen, die Sowjetmacht zu verteidigen.

Die Reportage: „Der Emir mit den 110 Frauen" beweist den sozialistischen Aufbau auch im entferntesten Sowjetasien.

Eine Seite über den russischen Sport und über den neuen Russenfilm „Der blaue Expreß" geben weiteres Material über die Sowjetunion. Außerdem bringt die neue Nummer der AIZ eine Bildreportage über das große Grubenunglück in Alsdorf, sowie über die Faschistenüberfälle in Bernau und Offenbach. Jeder Arbeiter muß dieses Heft der AIZ lesen und verbreiten!

Kritik an den Blauen Blusen

Zum Auftreten in Meißen

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor starkbesetztem Vereinshaussaal spielten für die Rote Hilfe am Freitag dem 24. Oktober die Blauen Blusen, Dresden. An gleicher Stelle spielten vor einiger Zeit die Roten Raketen.

Bei der Beliebtheit, die sich diese Truppe auch in unserem Ort bei der Arbeiterschaft errungen hat, war es zu verstehen, daß man an die Blauen Blusen ähnliche Erwartungen stellt. Es soll hier kurz unter Gegenüberstellung der Roten Raketen versucht werden, die Truppe einer Kritik zu unterwerfen, die Auffassung der Anwesenden über sie in kurzen Worten widerzuspiegeln.

So wie die Roten Raketen, sollen ja auch die Blauen Blusen den Charakter einer politischen Agitationstruppe tragen. Es muß auch zweifelsohne anerkannt werden, daß sie sich nach dieser Richtung hin stark bemühen. Einige ihrer Darstellungen befriedigten auch in vieler Hinsicht. Erwähnt seien nur die Handlungen, die sich auf den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion bezogen, vielleicht auch noch der Dialog zwischen SPD-Arbeiter und Rote-Hilfe-Werber. Im ganzen aber, das sei im Interesse der Truppe selbst gesagt, muß festgestellt werden, daß sie die Erwartungen der Anwesenden nicht in genügender Weise erfüllt hat. Woran mag das liegen?

Den Erfolg einer solchen Truppe verbürgt doch in erster Linie das gute politische Niveau der Spielerschaft. Das beweisen uns doch gerade die Roten Raketen. Hier scheint es zu fehlen. Etwas mehr Logik und Konsequenz in die Handlungen, und es wird besser werden. Warum eine Sache dehnen, wenn sie kürzer viel wirkungsvoller wäre? Was war das auch bei dem „Kreuzzug gegen die Sowjetunion" für ein Ende? Hier konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob einige Stellen sogar kitschig wirkten. Dann: mehr Kollektivität, mehr Leitung, ohne daß diese auffällt. Ein gutes Zusammenspiel mit den Besuchern wird stets zum Vorteil der Truppe gereichen. Das Gegenteil wird aber bestimmt erreicht, wenn man dabei — wie hier bei der Mitgliederwerbung — Bandwürmer fabriziert. Auch der Leiter soll doch seine Truppe würdig repräsentieren! Nicht zu mimen versuchen! Guter Witz in exakter Form vorgetragen, verfehlt seine Wirkung nicht. Weg mit der Phlegmatik, sie erzeugt Langeweile.

Die Arbeiter sollen frischer, politisch angeregter aus der Veranstaltung hinausgehen, als sie hereinkamen. — Doch trotz alledem: Aus den Blauen Blusen kann „noch etwas werden", wenn sie ernstlich wollen; sie sind auf dem besten Wege dazu. An Stoff wird es in Zukunft bestimmt nicht mangeln, dafür werden die kommenden Ereignisse sorgen. 35 Neuaufnahmen waren das Resultat des Abends. In dieser Beziehung konnten die Genossen Blaue Blusen das Bewußtsein erfüllter Pflicht mit nach Hause nehmen.

Dela Lipinskaja gab im Künstlerhaus einen heiteren Abend. Sie sang russische Volks- und Bauernlieder, ohne jene übertriebene Sentimentalität, wie man sie bei russischen Liedern so oft in den Konzertsälen hört. Dann sang, spielte, mimte, tanzte sie Chansons, Couplets, Parodien. Mit sehr viel Witz persiflierte sie alte Volksmärchen, die weinerliche Sentimentalität des „Blauen Vogels" und viele kleine Schwächen des Bürgers. Die Lipinskaja hat zweifellos die Begabung zu einer großen Parodistin; daß sie traditions- und konventionslos genug sein kann, hat sie bewiesen. Aber sie darf nicht dabei stehen bleiben, „frech" in bezug auf den bürgerlichen Moralbegriff zu sein, sondern sie muß ihre Aggressivität auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens ausdehnen und sich dabei in den Dienst des wirklichen Fortschritts, der revolutionären Arbeiterbewegung stellen. Zu viel Hoffnung darauf haben wir allerdings nicht, sonst würde sie nicht als Emigrantin außerhalb Rußlands leben. Das, was sie jetzt bietet, ist bei allem künstlerischen Können nur ein Nervenkitzel für die Snobs. —mm—

Schulungskursus im Verwaltungsbezirk Freital

am Freitag dem 31. Oktober (Reformationsfest), Beginn pünktlich 9 Uhr vormittags, im kleinen Saal „Alte Post", Freital-Deuben, Mozartstraße. Thema: **Agitation und Propaganda**. Kursuslehrer: Genosse Ewald Blau, Berlin. Alle Funktionäre der Partei, Jugend und überparteilichen Organisationen müssen daran teilnehmen. Besonders die Genossinnen! Genossen und Genossinnen, ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

Wegen eines Arbeitslosenromans fristlos entlassen

Bruno Nelissen Haken, der Hamburger Schriftsteller wurde wegen seines Arbeitslosenromans „Der Fall Bundshund", der soeben im Eugen-Diederichs-Verlag, Jena, erschien, vom Landesarbeitsamt Nordmark in Hamburg fristlos entlassen. Wir kommen auf den Inhalt des Romans noch in einer ausführlichen Besprechung zurück.

Der Zarewitsch

Central-Theater. „Der Zarewitsch", von Bela Jenbach und Heinz Reichert, Musik von Franz Lehár, ist eine gute Unterhaltung für Bürger, die Geld genug und nichts zu tun haben. Eine „Mesalliance" des Zarewitsch, die durch seine späteren „kaiserlichen Pflichten" gelöst wird. Eine Verherrlichung des Zarismus. In der Sowjetunion ist für dergleichen „Kunst" kein Platz. Aber für das Dresdner Theaterpublikum ist ja das gerade gut genug. Nun, das im Central-Theater Vertretene hat sich wohl mehr für die erotischen Ekstasen als für den zaristischen Aufputz begeistert. Willy Thunis als Zarewitsch ist mit Magdalene Witz eine gute Besetzung der Hauptrollen; im übrigen ist das ganze Ensemble gut eingespielt — — aber genügt das? Dem bürgerlichen Publikum schien es so. Hp.

Wer hilft den Erwerbslosen?

Ein Wort an die Freitaler Arbeiter

Freital. Nachstehende Forderungen des Erwerbslosenausschusses reichte die KPD-Stadtverordnetenfraktion dem Kollegium zur Beratung ein, mit denen die Not der Erwerbslosen in etwas gemildert werden sollte. Gleichzeitig hatte die SPD-Mehrheit Gelegenheit, ihr fürsorgliches Herz für die Erwerbslosen zu zeigen, wie es in den Wahlaufrufen zum Ausdruck kam. Antrag 1: Kollegium wollte beschließen:

1. **In den Monaten Oktober bis April wird den Erwerbslosen und den vom Fürsorgeamt Betreuten eine Heizungsbeihilfe von 3 Zentner Kohle pro Monat gewährt.**
2. **Alle Erwerbslosen und Fürsorgeunterstützten erhalten je nach der Größe der Familie 2 bis 5 Zentner Kartoffeln.**
3. **Ab 1. September übernimmt die Stadt 50 Prozent der Gas- und Stromgebühren der Erwerbslosen und Fürsorgeunterstützungsempfänger.**
4. **Die Kinder der Erwerbslosen und Wohlfahrtsbetreuten erhalten pro Kopf täglich einen Liter Milch und Mittagessen auf Kosten der Stadt.**
5. **Für alle Erwerbslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten sowie Sozialrentner, Kriegsopfer und ihre Angehörigen werden die für sie auf Grund der Notverordnung entstehenden Kosten für Krankenschein, Arznei und Heilmittel von der Stadtkasse übernommen; es werden auch bis zur Durchführung dieser Forderung diese Beträge bei Benutzung städtischer Einrichtungen nicht erhoben.**

Antrag 2:

a) **In den Wintermonaten sind Wärmestuben zu errichten.**
b) **Zur Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen hat die Stadtverwaltung geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für Miete und Heizung übernimmt die Stadt.**
c) **Der örtliche Erwerbslosenausschuß wird als die Vertretung der Erwerbslosen anerkannt. Die Vertreter des Erwerbslosenausschusses erhalten Sitz und Stimme im Fürsorgeausschuß.**
d) **Dem Erwerbslosenausschuß sind zwecks Auskunfterteilung an Erwerbslose geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Die Mittel für diese Räume trägt die Stadt.**

Genosse Künzelmann begründet diese Anträge eingehend. Er verweist auf die Wahlaufrufe der SPD, in denen den Aermsten der Armen das Paradies auf Erden versprochen wurde; hier können sie durch Zustimmung zu diesen Anträgen ihre gemachten Versprechungen zu einem Teil einlösen. In beredten Worten schildert K. das Elendsleben der Erwerbslosen, besonders der Ausgesteuerten, die zum großen Teil nicht einmal die Höchstsätze der Fürsorgeunterstützung erhalten und nur kümmerlich ihr Dasein fristen. Hierin größte Sparsamkeit, dagegen stundet die Stadt Freital dem Stahltrust 100 000 Mark Steuern, damit die Gußstahlhütte nicht stillgelegt, sondern noch einige Zeit ein paar hundert Arbeiter bei Hungerlöhnen noch weiter ausbeuten kann, um sie dann doch noch auf die Straße zu werfen. So verlängert man auf Kosten der Arbeiter dem sterbenden Kapitalismus das Leben. Nicht praktische Hilfe für die Erwerbslosen, z. B. Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich, sondern von Verantwortungsbewußtsein getragene Finanzpolitik sei die Auswirkung der Haltung der SPD im Reich, in den Ländern und Gemeinden. Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie ist das Ziel der SPD. Wir Kommunisten arbeiten auf das Endziel, die Eroberung der Macht durch die Arbeiter, hin, und dieses Ziel werden wir nicht mit einer verelendeten Arbeiterschaft erreichen.

Oberbürgermeister Klimpel (SPD) erkennt die Not der Erwerbslosen an — wie sollte er auch nicht, bewirbt er sich doch um die besser bezahlte 2. Bürgermeisterstelle in Leipzig; aber verlassen die Ratten das sinkende Schiff? — aber bei der katastrophalen Finanzlage der Stadt Freital sei an Hilfe augenblicklich nicht zu denken. — Demonstrativ war der Punkt 2 der Tagesordnung diesen Anträgen vorangesetzt worden.

Und prompt folgte diesen Worten des Oberbürgermeisters die vom Stv. Wenk verlesene Erklärung der SPD, die ebenfalls die Notlage der Erwerbslosen anerkennt, aber es liege nicht in ihrer Macht, hier helfend einzugreifen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage lasse es nicht zu. Zu dem 2. Antrag verweist die SPD die Erwerbslosen an die Gewerkschaften. (An die Gewerkschaftsbürokratie, Herr Wenk, die jeden Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage sabotiert, ja sogar Streikbruch organisiert?) Des weiteren sprechen noch die Genossen Roßlik und Altfänger. Sie wiesen die SPD darauf hin, daß sie da..., wo sie nicht die Verantwortung trage, selbst solche Anträge stelle, daß die SPD im Reich, entgegen ihren Versprechungen am 18. Oktober, als dem schwärzesten Tag in der Geschichte der SPD, die Brüning-Regierung gestützt habe, daß sie nichts unternehme gegen die Kapitalverschiebungen ins Ausland, die Milliarden betragen und dadurch dem Reich Unsummen an Steuern entzogen werden.

Stv.-Vorsteher Wetzig (SPD) nahm mehrmals Gelegenheit, die erwerbslosen Tribünenbesucher darauf aufmerksam zu machen, daß er bei Störungen von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde.

Gegen die Stimmen der KPD werden die Anträge für die Erwerbslosen abgelehnt.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter, Werktätige, wir Kommunisten haben stets betont, besonders im Wahlkampf, daß nie und nirgends die SPD eure Interessen vertreten wird, nie daran denkt, ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen. Nur im Kampf unter Führung der KPD werdet ihr diesem Elendsdasein ein Ende bereiten können.

„Cyankali" in Freital

Freital. Das Sensationsstück gegen den § 218/19 von Friedrich Wolf, gespielt von der Proletarischen Volksbühne Chemnitz, am Sonnabend dem 1. November im Döhlener Hof, Freital. Ansprache: Dr. Ernst Cohn, Dresden. Der Reinertrag dient für die Kinderheime der Roten Hilfe. Erwerbslose 40 Pf., Vollarbeiter 80 Pf. Jeder Arbeiter, jede proletarische Mutter kommt am 1. November zu unserer Veranstaltung. Niemand versäume dieses Theaterstück gegen die Schandparagraphen 218/19.

Generalstäupung in Rähnitz-Hellerau

Hellerau. In der Gemeindeverordnetensitzung, die am 24. d. M. als erste nach den Reichstagswahlen stattfand, bot sich unseren Vertretern eine Gelegenheit, gründliche Abrechnung mit den hiesigen Vertretern der SPD zu halten. Schon bei der Mitteilung des Bürgermeisters über die Aufbürdung der Biersteuer durch die Amtshauptmannschaft, zeigten unsere Vertreter das Demagogentum der Kohl und Konsorten auf, die auf der einen Seite Krokodilstränen vergießen über die Lasten der Notverordnung und auf der anderen die Schöpferin dieser Verordnung mit gestützt haben. Als aber diese jämmerlichen Gesellen einen kautschukartigen Antrag einbrachten, mit dem sie den Erwerbslosen und Fürsorgeempfängern ihre Hilfe vorschwindeln wollte, hagelten die moralischen Hiebe Schlag auf Schlag nieder, und abgesehen von einem Gestammele, das der „Genosse" Kohl losließ, saßen die SPD-Heuchler da wie begossene Pudel. Man sah es ihnen an, daß ihnen die Verlängerung ihres Rückgrates mit Grundeis überging. Unser Genosse Tantz hielt ihnen vor, daß sie jahrelang alle unsere Anträge, die das Los der Fürsorgeempfänger verbessern sollte, abgelehnt hatten, und zwar so lange, als wie sie einen Bürgermeister hatten, der, wenn er auch kein Sozialist war, so aber doch ein Parteibuch der SPD in der Tasche hatte. Als nun aber dieser „Genosse" mit Schimpf und Schande einem bürgerlichen Bürgermeister Platz gemacht hatte, da auf einmal mimten diese tapferen „Genossen" wieder Fürsorge für die Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger. Genosse Tantz beleuchtete diese erbärmliche Charakterlosigkeit und die außerdem dabei zutage tretende Feigheit, nicht einmal einen konkreten Antrag zu stellen. Die KPD-Vertreter gaben deshalb dem Antrag erst einen Inhalt, indem sie die Hergabe von 2 Zentner Kohlen und eine entsprechende Menge Kartoffeln forderten. Dieser Antrag wurde dann auch einstimmig angenommen. Aus einer Anfrage des bürgerlichen Gemeindeverordneten Fischer war zu entnehmen, daß sich eigenartige Vorfälle in der hiesigen Girokasse abgespielt haben, deren restlose Aufklärung angeblich demnächst zu erwarten ist. Wenn die Gerüchte zutreffen, spielen hiesige „prominente" Sozialdemokraten, die sich des besonderen Wohlwollens dabei vom bisherigen SPD-Bürgermeister erfreuen durften, die Hauptrolle. Auch dieser Herr Ex-Bürgermeister hat in einer anderen Sache von sich reden gemacht, auf die wir noch ausführlich zurückkommen. In der Sitzung waren gegen 60 Zuhörer anwesend. Wer sich näher über die Heldentaten unserer hiesigen SPD-Bonzen unterrichten will, komme in die Einwohnerversammlung, die von der KPD am Donnerstag dem 30. Oktober in Rähnitz, Lindengarten, einberufen werden wird.

Erwerbslosenversammlung in Radebeul

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Radebeul. Am 23. d. M. fand in den Sälen der Vier Jahreszeiten eine große Erwerbslosenversammlung statt, an der zirka 300 Anwesende teilnahmen. Der bisher tätige Erwerbslosenvertreter Vetter versuchte die Bewegung im faschistischen Sinne aufzuziehen. Vetter, welcher sich Parteiloser nannte, machte dieserhalb ein engeres Zusammenarbeiten mit dem Gesamtausschuß unmöglich und wurde seines Amtes als 1. Vorsitzender enthoben. Bei den Neuwahlen ergab sich, daß nunmehr der Gesamtausschuß der Erwerbslosen aus lauter Mitgliedern der RGO besteht. Also wiederum ist ein Fortschritt in Radebeul zu verzeichnen. Anträge für Winterbeihilfen wurden an das Stadtverordnetenkollegium gestellt, welche heute Mittwoch zur Beratung stehen werden.

Aus dem tausendjährigen Meißen

Meißen. Trotz einem tausendjährigen Bestehen unserer schönen Stadt Meißen scheint ein fortgeschrittener Geist noch nicht Einzug gehalten zu haben. Vor einiger Zeit wurde hier die „Straßen- und Schleusenreinigungsgebühr" erhoben, natürlich mit Hilfe der SPD, und nicht zu knapp. Ich glaubte, auf die neuen Einnahmen hin würden noch einige Kräfte eingestellt. Aber nein, ganz daneben gedacht, im Gegenteil: man will noch mehr einschränken. Man will und „muß" eben sparen. Vielleicht sind das die Folgen einer verpufften Tausendjahrfeier. Hier müssen die Grundstückseigentümer, also auch die Kleinen, mal kräftig einsteigen. Nun zur Sache: Als ich zum erstenmal meine Gebühren an die Behörde abgeführt hatte, glaubte ich doch ganz bestimmt, daß von nun an alle Straßen und Wege jeden Tag gereinigt werden, nicht wie bisher außer den Hauptstraßen in der Woche nur einmal. Das bezieht sich auf den Ortsteil Triebischtal. Wenn der liebe Sonntag kommt, muß man, wenn man es sauber vor der Bude haben will, selbst schon den Besen schwingen, denn es werden da am Ende der Woche zwei Mann beauftragt, alle Straßen und Seitenwege in Ordnung zu bringen. Was unmöglich ist. Sie müssen oberflächlich darüber hingehen, und dabei werden sie kaum noch fertig.

Ich gehe im Triebischtal. Kommt da eine neue Kehrmaschine angerollt. Ungefähr so wie Benz-Modell aus dem 19. Jahrhundert. Gerade wie mit der Motorspritze, welche auch schon mehrmals überholt ist. Etwas „Antikes" gefällt unseren Stadtherren. Am 23. Oktober wurde diese neue Kehrmaschine in Funktion gesetzt. Etwas festgefahrene Pferdeäpfel blieben liegen, der Straßendreck wurde in die Schienen gekehrt, und was noch übrigblieb, lag an der Seite. Ich glaubte, am selben Tage würde der an der Seite liegende Dreck beseitigt, aber nein: dieser lag über einen Tag. Erst dann wurde er beseitigt. Aber wieder von nur zwei Arbeitern. Weil diese nun aber auch noch anderweit alle Hände voll zu tun haben, mußten sie wieder ein Tempo anschlagen, wofür man nur ein Kopfschütteln hat. Arbeiter, erkennt doch endlich, was man mit euch spielt, und reiht euch ein in die Rote Front, werdet Mitglieder der KPD, denn nur diese vertritt eure Interessen.

Revolutionärer Wettbewerb Großröhrsdorf-Kamenz. Wer macht's nach?

(Arbeiterkorrespondenz)

Großröhrsdorf. In Großröhrsdorf wurden bei der letzten Reichstagswahl 645 kommunistische Stimmen abgegeben, in Kamenz 603. Kamenz hat 12 600 Einwohner, Großröhrsdorf 8900. Wir bitten euch, die Ortsgruppe Kamenz öffentlich in der „Arbeiterstimme" aufzufordern, mit uns in folgenden revolutionären Wettbewerb einzugehen: Beide Ortsgruppen verpflichten sich, bis spätestens 30. November mindestens folgende Werbungen durchzuführen: 10 neue Mitglieder der Kommunistischen Partei, 20 neue Mitglieder des Antifaschistischen Kampfbunds, 5 neue Mitglieder der Roten Hilfe, 5 neue Mitglieder der IAH, 5 neue Leser der Arbeiterstimme, 10 neue Leser der AIZ, Gründung einer neuen Ortsgruppe, Bildung eines Stoßtrupps für Agitprop, Bildung einer Sportfraktion, Bildung einer RGO-Betriebszelle. Die Kontrolle über die erfolgten Werbungen führt die UB-Leitung, Radeberg. Zur Nachahmung empfohlen!

SPD-Fraktion beantragt Pflichtarbeit für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger

Bretnig. Ihren wahren Charakter zeigten die Sozialdemokraten in der letzten Gemeindeverordnetensitzung. Der Fraktionsführer der SPD, Herr Lagerhalter Hochauf, beantragte, daß die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ihre Unterstützung durch Heranziehung zu Gemeindearbeiten abarbeiten sollen. Auf späteres Vorhalten erklärte auch der SPD- und Reichsbannermann Winter, das sei sehr gut, da die Wohlfahrtsempfänger ja nun die Unterstützung nicht zurückzuzahlen brauchten. Der Antrag wurde selbstverständlich angenommen, und nun müssen alle Wohlfahrtserwerbslosen, ganz gleich welchen Alters und ob ledig oder verheiratet, ihre Unterstützung zu einem Stundenlohn von 72 Pf. abarbeiten. Ja, man ist sogar noch weiter gegangen, auch die von der Gemeinde zu tragenden Sozialbeiträge müssen mit abgeleistet werden. Ein Fall zeigt, wie das gemacht wird.

Ein Erwerbsloser, dessen Frau noch 9,87 Mark Arbeitslosenunterstützung erhält, bekam bisher nach den Sätzen der gehobenen Fürsorge monatlich 15 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Nunmehr ist ihm das Ansinnen gestellt worden, er solle für die 15 Mark monatlich 25 Stunden arbeiten. Da für die 25 Stunden ein Lohn von 18 Mark gezahlt werden müßte, soll er also auch die sozialen Beiträge mit abarbeiten.

Dieser Vorgang zeigt deutlich, daß sich die SPD immer mehr in ihren Methoden gegenüber dem Proletariat den Faschisten nähert und daß solche Elemente noch schärfer als diese bekämpft werden müssen, da sie zwar infolge ihrer guten Anstellung nichts von der Not der Arbeiterschaft spüren, aber diese immer wieder einzufangen verstehen. (AK 2254)

Sohland. (Tödlich überfahren.) Am Sonntagmorgen wurde der verheiratete Kriegsinvalide Tuppack aus Neusalza, Vater von vier Kindern, auf der Straße tot aufgefunden. Tuppack, der hier seine Brüder besucht hatte und sich auf dem Heimwege befand, ist höchstwahrscheinlich von einem Kraftwagen überfahren worden.

Ein Gastwirt als „Arbeiterfreund"

Putzkau. Wie überall, so waren auch in Putzkau vorige Woche zwei Genossen tätig, um bei Geschäftsleuten für die „Arbeiterstimme" Inserate zu sammeln. Unserem Einfluß entsprechend, wurde in den meisten Geschäften mit Erfolg vorgesprochen. Nur das größte Geschäft Putzkaus (Erbgerichts-Besitzer Walter Taubmann) lehnte glatt ab. Herr Taubmann erlaubte sich, unsere Genossen für ein nicht voll gelungenes Vergnügen verantwortlich zu machen. Ebenso mußte eine Wahlversammlung der KPD, welche aus ganz bestimmten Gründen in einem anderen Lokal abgehalten wurde, dafür herhalten, um die Begründung zu rechtfertigen. Diese Dinge mit Herrn Taubmann sachlich zu besprechen, war nicht möglich, da Herr Taubmann unsere Genossen stehen ließ und aus weiter Entfernung allerhand unverständliche Worte nachrief. Wir geben diese Dinge unseren Lesern zur Kenntnis. (AK 2245)

Hochwasser in der Oberlausitz

In den Flußgebieten der oberen Spree, Wesenitz, Mandau und Neiße, ist Hochwasser. Infolge ununterbrochenen Regens sind diese Flüsse über ihre Ufer getreten, und überschwemmen breite Teile der Oberlausitz. In den Ortschaften Taubenheim, Neusalza, Seifhennersdorf, Hainewalde, Ober- und Nieder-Oderwitz mußten verschiedene Häuser geräumt werden. Zugverbindungen waren unterbrochen, auch die Kleinbahnstrecke Zittau—Reichenau. Schweren Schaden haben die Wässer an den Spree-, Mandau- und Neiße-Regulierungen verursacht. Heute sind die Fluten etwas gefallen.

Neustadt. (Hochwasser.) Die starken Niederschläge der letzten Zeit in Hohwald und seiner Umgebung hatten Hochwasser zur Folge. Die Polenz, der Seifenbach, der Lohsebach und das Goldflüßchen sind über ihre Ufer getreten und haben weite Wiesenflächen überschwemmt. Die Gärten an der Erberstraße sind bis an die Mauern der Häuser voll Wasser. In die niederen Räume der Volksschule drang das Wasser gegen Mittag ein. Am Dienstagmorgen war bereits ein geringer Rückgang des Hochwassers zu verzeichnen.

Großer Erfolg des „Gigant" in Bautzen!

Bautzen. Die Ortsgruppe Bautzen der KPD veranstaltete am Sonnabend im Palasttheater eine Filmvorstellung. Gezeigt wurden „Gigant" und „Der Kreuzzug des Weibes". Schon lange vor Beginn der Vorstellung waren sämtliche Plätze ausverkauft, und viele mußten nach Hause gehen, ohne den Film gesehen zu haben. Der Film „Kreuzzug des Weibes" ist ein schwerer Mißgriff. Er hat eine heuchlerische soziale Tendenz. Man sollte ihn den Reformisten überlassen. „Gigant" aber wird auch denjenigen Bautzner Arbeitern, die bisher dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion skeptisch gegenüberstanden, gezeigt haben, daß die Hetze gegen Sowjetrußland bestimmten arbeiterfeindlichen Interessen dient.

Die Rote Hilfe auf dem Vormarsch

(Arbeiterkorrespondenz)

Seifhennersdorf. Am Sonnabend dem 25. 10. fand in Seifhennersdorf eine gutbesuchte öffentliche Rote-Hilfe-Versammlung statt. Ueber Klassenjustiz und Polizeiterror referierte der ehemalige Reichswehrsoldat Gen. Mehlhorn, Berlin. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hauptsächlich fanden seine Erzählungen über die Erlebnisse im Zuchthaus Sonnenburg interessierte Zuhörer. Das Resultat waren 10 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe. Für den Verteidigungsfonds wurden 5 Mark gesammelt. (2243)

Schandau lehnt die Diktatursteuern ab

In der letzten Sitzung beschlossen die Stadtverordneten einstimmig, die Einführung der Gemeindegetränkesteuern und der Bürgersteuer abzulehnen.

Anträge an das Landesarbeitsamt

Somsdorf. Aus den Kreisen der Somsdorfer Erwerbslosen wird uns folgendes geschrieben: Die Erwerbslosen der Gemeinden Somsdorf, Coßmannsdorf und Hainsberg haben vor mehreren Wochen einen Antrag an das Landesarbeitsamt eingereicht zwecks Einrichtung einer Stempelstelle in Coßmannsdorf, zumal die Gemeinde Coßmannsdorf ein Zimmer kostenlos zur Verfügung stellt. Die Zustände auf dem neuen Arbeitsamt in Freital-Potschappel sind ein direkter Hohn. Die halbverhungerten Erwerbslosen müssen stundenlang auf der Straße stehen. Sie sind direkt der Gefahr ausgesetzt, von Autos überfahren zu werden. Aber was fragt ein Herr Arbeitsamtsdirektor nach einem Erwerbslosen. Eins hat der Herr Direktor fertig gebracht, und zwar hat er wieder einen Berliner Nachtwächter hingestellt, der darauf achtet, daß ja kein Erwerbsloser einen Ulmer oder gar eine Zigarette im Munde hat. Wir fordern von dem Landesarbeitsamt, daß unserem Antrag Rechnung getragen wird; denn es kann den Erwerbslosen von den drei genannten Gemeinden nicht zugemutet werden, daß sie wöchentlich dreimal bis Potschappel laufen und dann noch stundenlang stehen müssen, ehe sie abgefertigt werden; das sind für die Erwerbslosen unhaltbare Zustände, wo wir jetzt dem Winter entgegengehen. Wir hoffen auf sofortige Erledigung unseres Antrages.

Langenwolmsdorf. (Kindestötung.) In der Nacht zum Dienstag wurde die Dienstmagd E., beschäftigt beim Gutsbesitzer Marschner, wegen Kindestötung festgenommen. Unter dem Vorwand, ihr 14 Tage altes Kind in Pflege nach Neustadt geben zu wollen, holte sie dasselbe von den jetzigen Pflegeeltern ab und warf es in die Abortgrube. Sie wurde von ihrem Bräutigam, einem Melker, zur Anzeige gebracht.

Am 7. Nov. 3 große Kundgebungen!

Verstärkte Solidarität muß jeden Verrat der Bürokratie zunichte machen

Kaum je hat ein Streik über die Grenzen Deutschlands hinaus solch gewaltiges Interesse hervorgerufen, wie der Streik der 140 000 Berliner Metallarbeiter. „Kürzung der Produktionskosten", d. h. Lohnraub zur Erhöhung des Profits ist die Parole der Unternehmer aller Länder. Die gewaltigen Solidaritätsaktionen der Arbeiter aller Länder für die streikenden Berliner Metallarbeiter sind der beste Beweis für die Stärke der internationalen revolutionären Front. Tagtäglich laufen bei der Streikleitung in Berlin Telegramme ein, in denen die Arbeiter aller Länder den Streikenden Berlins ihre Hilfe anbieten.

Das siegreiche Proletariat der Sowjetunion nimmt in seinen Versammlungen zum Berliner Streik Stellung, sendet brüderliche Kampfesgrüße und kündigt finanzielle Unterstützung an. Leningrads Pioniere haben eine großzügige Sammelaktion in die Wege geleitet, um den Berliner Metallarbeitern ihre Sympathie zu beweisen. Die illegale KP Polens erklärt in einem Brief an die Zentralstreikleitung, daß der Kampf der Berliner Metallarbeiter ihr Kampf sei und daß sie trotz allem Pilsudski-Terror eine Solidaritäts- und Unterstützungsaktion organisieren werden. Die Kommunistische Balkanföderation hat zum Zeichen der Verbundenheit mit den Berliner Metallarbeitern die Summe von 150 Mark der Zentralstreikleitung gesandt. In Deutschland selbst führen die IAH und die RGO in allen Betrieben Sammlungen für die streikenden Berliner Metallarbeiter durch. Zehntausende Mark wurden bereits aufgebracht. Die Arbeiter Deutschlands, selbst alle am Hungertuch nagend, wissen, daß die Berliner Metallarbeiter nicht nur für ihre eigenen Interessen kämpfen, sondern für das Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Hungerlöhne sind es, die die Arbeiter Deutschlands erhalten. Immer neue, nur die Arbeiterschaft belastende Steuern beschließt die Bourgeoisie mit Zustimmung der Sozialdemokratie. Der „Metallarbeiter" Severing wurde von der Ausbeutergesellschaft zum preußischen Polizeiminister berufen, um den Hunger der Arbeitslosen und der Betriebsproleten mit dem Gummiknüppel zu „stillen". An der Ruhr wütet bereits Severings Polizei. In Berlin jagt man mit dem Gummiknüppel, dem hervorstechendsten Symbol Young-Deutschlands, die demonstrierenden Metallarbeiter auseinander, während im Reichsarbeitsministerium der Zentrumsminister Stegerwald, der Schüler des Ehrendoktors Wissell, mit den Industriekapitänen, den reformistischen Gewerkschaftsführern und Severing den Schacher an den Metallarbeitern vollziehen. Ganz offen erklärte Urich, der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Berlin des DMV:

„Wir sind bereit, in dem Augenblick mit uns reden zu lassen, indem wenigstens Teilpreissenkungen vorgenommen werden."

METALLARBEITERSTREIK!

Arbeiter: „Unser Fehler ist, daß wir bis heute noch nicht den [illegible] das Handwerk gelegt haben."

Das ist die Zustimmung zum Lohnraub, der Verrat an den Metallarbeitern. Der Schrecken über die wachsende Kraft der revolutionären Gewerkschaftsopposition liegt Urich genau so in den Gliedern wie den Unternehmern. Diese Furcht vor der RGO drückt die Frankfurter Zeitung in folgenden Worten aus:

„Es ist kein Geheimnis, daß die Führung der Gewerkschaften ungern unter dem Druck ihrer Leute in diesen Streik hineingegangen ist, und sie wird voraussichtlich einige Autorität aufbieten müssen, wenn es zum Abbruch kommt."

Ja, nur unter dem Druck des Massenwillens der Berliner Metallarbeiter, nur zu dem Zweck, um den Streik raschestens abwürgen zu können, hat die verräterische Bürokratie des DMV den Streik sanktioniert. Doch die Berliner Metallarbeiter werden unter Führung der RGO die Pläne der Brandes, Urich und des kleinen „Metallarbeiters" Severing zunichte machen.

Die deutsche klassenbewußte Arbeiterschaft steht hinter den streikenden Metallarbeitern. Die Metallarbeiter Deutschlands wissen, daß der Berliner Kampf eine außerordentliche Bedeutung hat. Aber es genügt nicht nur, Sammlungen durchzuführen und Sympathiebeschlüsse zu fassen, sondern selbst mit in die Kampffront zu treten, den Streik überall aufzunehmen, das ist die beste Unterstützung der Berliner Metallarbeiter.

Das gilt besonders für die sächsischen Metallarbeiter. In dieser Woche soll in Sachsen der Schiedsspruch für die sächsischen Metallarbeiter gefällt werden. Wie dieser Spruch aussehen wird, das zeigt derjenige für das Transportgewerbe, wo der „Metallarbeiter" Haack einen 5prozentigen Lohnraub diktierte. Das Verbot unseres Bruderorgans, der „Sächsischen Arbeiterzeitung" in Leipzig, auf 14 Tage durch den „linken" sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner ist ein Teil des Rezeptes, das man den sächsischen Metallarbeitern aushändigen wird.

Metallarbeiter Sachsens!

Verrat auf der ganzen Linie droht euch, wenn ihr euch nicht auf eure eigene Kraft besinnt. Wollt ihr euch verlassen auf die Bürokratie des DMV, dann schaufelt ihr euch das eigene Grab. Ihr selbst müßt euer Schicksal in eure Hand nehmen. Nur unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition werdet ihr in der Lage sein, jene Kampffront zu bilden, die in der Lage ist, die Feste Kapitalismus niederzureißen.

Dazu aber ist notwendig, daß die Betriebe streikreif gemacht werden. Die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, mit den parteilosen Proleten gilt es zu schließen auf Grund der Kampfforderungen der RGO. Beruft Belegschaftsversammlungen ein! Nehmt Stellung zu dem Berliner Kampf und zu eurer Bewegung! Wählt eine Streikleitung aus klassenbewußten kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern! Schafft eine Betriebsgruppe der RGO! Nehmt den Kampf auf gegen Lohnraub, für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, für 20 Pf. Stundenlohnerhöhung!

Die streikenden Textilarbeiterinnen von Wünsches Erben müssen siegen!

Seit 7 Wochen stehen 128 Ringspinnerinnen der Firma Wünsches Erben in Ebersbach im Streik gegen den Versuch der dortigen Direktion, verschärfte Nationalisierungsmaßnahmen einzuführen. Mit allen Mitteln versuchte die Direktion, die Front der streikenden Arbeiterinnen zu durchbrechen. Versprechungen wurden gemacht und einzelne der Streikenden persönlich bearbeitet. Aber alles half nichts. Geschlossen standen die Streikenden zusammen. Am 22. Oktober unternahm die Firma wiederum den Versuch, den Streik abzuwürgen. Folgendes Schreiben wurde an alle streikenden Arbeiterinnen gesandt:

Nachdem die Arbeitsstreitigkeit in unserer Ringspinnerei nunmehr bereits sechs Wochen andauert, sind wir gezwungen, den bisherigen Schwebezustand zu beendigen. Wir wollen vor Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen jedoch den im Ausstand befindlichen Arbeiterinnen noch einmal Gelegenheit geben, die Arbeit wieder aufzunehmen, und zwar zu den ihnen bekannten Bedingungen und den Löhnen, wie wir sie an Beispielen in den Kommissionssitzungen besprochen haben und wie sie in vollständigen Listen ab 23. Oktober 1930 nachmittags in den Arbeitsräumen aushängen werden.

Wir fordern Sie deshalb auf, sich Freitag, den 24. Oktober 1930, früh ½8 Uhr, zur Arbeit einzufinden. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, haben Sie damit zu rechnen, daß wir von unserem Rechte der fristlosen Entlassung auf Grund des § 123, Ziff. 3 der Gewerbeordnung Gebrauch machen.

Vereinigte Textilwerke Wagner u. Moras, Aktiengesellschaft.
Otto Moras. A. Wagner.

In einer Streikversammlung nahmen die Arbeiterinnen zu dem Schreiben der Firma Stellung und **lehnten die Wiederaufnahme der Arbeit zu den von der Direktion gestellten Bedingungen ab.** Nur zwei Arbeiterinnen fanden sich als Verräterinnen und gingen in den Betrieb. Ein „Pfui!" war die Antwort der Ringspinnerinnen, und geschlossen zogen sie vor die Wohnung dieser Streikbrecherinnen und brachten ihren Abscheu über diesen Verrat zum Ausdruck. Die Schuld aber, daß überhaupt jemand abtrünnig werden konnte, liegt an der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die wohl den Streik sanktionierte, doch nur zu dem Zweck, um ihn raschestens zu beenden. Kein Versuch wurde von dem Textilarbeiterverband gemacht, die übrige Belegschaft von Wünsches Erben in die Kampffront einzubeziehen. Man unterließ es, die Schwesterbetriebe in Zittau und Schirgiswalde von dem Kampf der Ringspinnerinnen zu unterrichten. Die Unorganisierten behandelte man von seiten der Gewerkschaftsbürokratie als Schädlinge und lehnt es bis zur Stunde ab, ihnen irgend welche Unterstützung zukommen zu lassen. Bei Wahlen, da sind die Unorganisierten aber gut genug als Stimmvieh für die sozialdemokratische Verräterpartei.

Nachdem sich, außer den beiden Streikbrecherinnen, keine der Streikenden zur Arbeitsaufnahme gemeldet hatte, sandte die Firma am 24. Oktober den im Kampf stehenden Ringspinnerinnen folgendes Schreiben zu:

Ebersbach, den 24. Oktober 1930.

Fräulein . . . .

Da Sie sich auf unsere Aufforderung, zu arbeiten, am Freitag früh nicht gemeldet haben, entlassen wir Sie gemäß § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung fristlos.

Ihre Papiere sind beim Pförtner im Werk Bleiche abzuholen.

Vereinigte Textilwerke Wagner u. Moras Aktiengesellschaft, Abteilung Wünsches Erben.

Die fristlose Entlassung wurde von den Streikenden mit den Worten aufgenommen:

„Lieber verrecken — wie nachgeben!"

Unbeugsam ist der Kampfeswille dieser Arbeiterinnen, die zu den ausgebeutetsten und schlechtestbezahlten überhaupt gehören. Wochenlöhne von 15 Mark sind als Durchschnitt zu bezeichnen. Hier treffen wieder einmal die Worte des Kommunistischen Manifestes zu:

„Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen."

Der Kampf bei Wünsches Erben ist jetzt in ein verschärftes Stadium eingetreten. Mit allen Mitteln will man die Arbeiterinnen auf die Knie zwingen. Die Firma mußte auf Grund des Streiks 150 Weiferinnen und Fleiherinnen entlassen, da kein Material mehr vorhanden war und die Lager ausgearbeitet sind. Um diese Arbeiterinnen in Gegensatz zu den Streikenden zu bringen, verweigerte man ihnen die Aushändigung der Arbeitspapiere. Auf Grund dessen lehnen es die Behörden ab, den Arbeiterinnen Unterstützung zu gewähren. **Was aber macht der Verband?** Er gibt den Organisierten, die noch nicht einmal 50 Prozent darstellen, Unterstützung und kümmert sich einen Dreck um die Unorganisierten. Kann besser das Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer, Staatsapparat und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie bewiesen werden? Nein! Die einzige Hilfe, die die Unorganisierten erhalten, ist die der RGO und der IAH, die sofort in der ganzen Oberlausitz eine Hilfsaktion in die Wege leiteten. **Sechsmal konnten bereits Lebensmittel an die Streikenden zur Verteilung gebracht werden.** Soll aber der Streik siegreich beendet werden, dann ist es notwendig, die Hilfsaktion zu verstärken. Die RGO und die IAH richten den dringenden Appell an alle Textilarbeiter Sachsens und alle Arbeiter der Oberlausitz: Unterstützt mit allen Mitteln den Streik der Ringspinnerinnen von Wünsches Erben. Die Arbeiter müssen zeigen, daß durch die proletarische Solidarität der Machtwillen der Unternehmer gebrochen werden kann und daß es ohne die reformistischen Gewerkschaften möglich ist, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung erfolgreich Kämpfe zu führen.

Textilarbeiter Sachsens, vor die Front! Der Kampf eurer Kolleginnen in der Oberlausitz ist euer Kampf! Wenn es der Direktion der Vereinigten Textilwerke gelingt, in Ebersbach ihre verschärften Nationalisierungsmaßnahmen zur Durchführung zu bringen, dann wird man auch in den übrigen Textilbetrieben zu den gleichen Maßnahmen übergehen. **Sammelt überall Geld und Lebensmittel und sendet die Solidaritätsgaben an das Bezirkskomitee der RGO Sachsens.**

430 806 Erwerbslose in Sachsen

Zunahme in der ersten Oktoberhälfte um 9388

Auch die erste Oktoberhälfte brachte in Sachsen ein weiteres Anwachsen der Erwerbslosen, stieg doch die Zahl der Arbeitsuchenden um 9388 auf 430 806. Von diesen erhalten nur 180 072 Hauptunterstützung und 101 318 Krisenunterstützung, während der Rest von 149 416 keine Unterstützung erhält. Der amtliche Bericht selbst muß erwähnen, daß auch in der nächsten Zeit mit einem weiteren starken Anwachsen der Erwerbslosen zu rechnen ist. Aufgabe der Arbeiter ist es, verstärkt den Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu führen, um die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß zu bringen.

Einen Tagelohn für die streikenden Metallarbeiter

Die Belegschaften zahlreicher Unternehmungen in Berlin haben beschlossen, einen Tagelohn noch im Laufe dieser Woche für die Hilfsaktion der IAH zugunsten der streikenden Metallarbeiter abzuführen. Solche Beschlüsse wurden u. a. gefaßt von den Belegschaften des Kosmos-Verlags, der Prometheus-Filmverleih, des Neuen Deutschen Verlags, den Mitarbeitern im Zentralkomitee und in der Reichsleitung der Internationalen Arbeiterhilfe. **Die Gelder werden der IAH zur Erweiterung ihrer Unterstützungsaktion für die streikenden Metallarbeiter überwiesen. Möge dieses Beispiel von Hunderten von Belegschaften in Groß-Berlin und im Reiche nachgeahmt werden. Die Parole muß für jeden Arbeiter und Angestellten sein: einen Tagelohn für die streikenden Metallarbeiter an die IAH abzuführen!**

Wie sie den Lohnraub vorbereiten

Um die Forderungen der Unternehmer nach einem Lohnabbau zu „rechtfertigen", gehen die staatlichen Stellen dazu über, die Berechnungen über den Lebenshaltungsindex so abzufassen, daß eine Senkung der Indexziffern herauskommt. So gibt auch der neue Bericht des Statistischen Landesamtes Sachsen für Monat Oktober eine Senkung der Indexziffer um 1,3 Prozent bekannt.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau weiß, daß dies nicht stimmt, sondern daß gerade in der letzten Zeit eine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel eintrat. Durch diese Angaben bezweckt man, der Arbeiterschaft plausibel zu machen, daß sich die Preise senken und daß darum ein Lohnabbau angebracht sei. Die Arbeiter dürfen sich durch diese Ziffern nicht täuschen lassen. Sie müssen vielmehr alles tun, um den Kampf um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich unter Führung der RGO zu organisieren.

Die RGO muß anerkannt werden

Der Königsberger Magistrat hat Verhandlungen mit der RGO-Streikleitung über die Beilegung des Fürsorgearbeiterstreiks aufgenommen. Damit ist also die RGO trotz der starken Gegenarbeit des ADGB als Tarifkontrahent anerkannt. Die Verhandlungen wurden nicht zum Abschluß gebracht, da der Magistrat die Forderungen der Streikenden und der RGO nicht völlig anerkannte. In einer großen Anzahl von Baubetrieben wurden Proteststreiks durchgeführt mit Entsendungen von Delegationen zum Magistrat, um die Anerkennung der Forderungen der Fürsorgearbeiter durchzusetzen. Der Streik steht vollkommen fest.

RGO Bezirkskomitee Dresden-Altstadt Rosenstraße 100

Achtung! RGO-Verwaltungsbezirkskomitees und -Betriebsgruppen!

Alle Notizen über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen der RGO, die im RGO-Versammlungskalender der „Arbeiterstimme" erscheinen sollen, müssen über das Bezirkskomitee der RGO gehen. Mitteilungen, die direkt an die Redaktion gelangen, werden nicht veröffentlicht.

Metallbetriebszellen

Mittwoch den 29. Oktober
20 Uhr, im Büro der RGO, Rosenstraße 100
Sitzung aller Betriebszellen der Metallbetriebe Groß-Dresdens

Mittwoch den 29. Oktober

Industriegruppe Holz
Mittwoch, den 29. 10. 19,30 Uhr, im Brandenburger Hof: **Sitzung der Landesleitung der Holzarbeiter.** Die Dresdner Kollegen der Industriegruppe Holz müssen restlos teilnehmen.

Industriegruppe Nahrungsmittel
Donnerstag, den 30. 10., 19,30 Uhr, im Brandenburger Hof: **Sitzung der Landesleitung Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Tabakarbeiter.** Die Dresdner Kollegen müssen restlos teilnehmen.

Freitag den 31. Oktober

Oeffentliche Versammlung der RGO in Bautzen, Klosterschänke (20 Uhr). Thema: Die Beschlüsse des 5. RGI-Kongresses. **Referent: Gen. Schalek.**

Rund um den Erdball

Korruptionsskandal nach amerikanischem Muster

Schneidemühler Krimis stoßen sich gesund

Chef der Kriminalpolizei als Oberschieber entlassen — „Verbrecherfonds" nach Amt und Würden verteilt — Wer ist „Lupus" und „Micus"?

Schneidemühl, 28. Oktober. Bei der Schneidemühler Kriminalpolizei ist man durch Zufall einem Riesenkorruptionsskandal auf die Spur gekommen. Wie die vorläufige Untersuchung ergeben hat, haben sich mehrere Kriminalbeamte, an ihrer Spitze der Leiter der Kriminalpolizei, Kriminalrat Philippi, an dem sogenannten „Verbrecherfonds", der zur Verfolgung von kriminellen Verbrechern dient, „gesund gestoßen". Kriminalrat Philippi und sein früherer Vertreter sind sofort entlassen worden.

Helle Empörung in Schneidemühl

Bei der Schneidemühler Arbeiterschaft und darüber hinaus bei der gesamten Bevölkerung herrscht wegen dieses Korruptionsskandals helle Empörung. Bereits seit längerem munkelte man, daß bei der Kriminalpolizei etwas nicht in Ordnung sei. Doch verstanden es die Krimis durch ihre „schneidige Haltung" gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft, immer wieder den Verdacht zu entkräften. Da aber ihr Versagen bei einer Reihe größerer Mordfälle immer auffälliger wurde, wurde vor einiger Zeit veranlaßt, Berliner Beamte zur Aufklärung von Mordsachen nach Schneidemühl zu entsenden. Jetzt erst wurde bekannt, daß die Gelder aus dem „staatlichen Fonds zur Verbrecherbekämpfung" ausschließlich in die eigenen Taschen der Beamten gewandert seien.

Wie sie die Steuergroschen einsäckelten

Bezeichnend ist, daß die Spießgesellen auch hierbei streng nach Amt und Würden verfuhren. Während also beispielsweise ein Kriminalsekretär 30 bis 40 Mark einsäckelte, erhielten Kriminalkommissare bis zu 1000 Mark zugesteckt. Der Trick, den die Oberstütze der Schneidermühler „Ordnung", Kriminalrat Philippi, anwandte, war ebenso einfach wie raffiniert: Philippi ließ sich ganz einfach von der Regierungshauptkasse in Schneidemühl Einzelbeträge von mehr als 10 000 Mark anweisen, ohne daß tatsächlich irgendwie ein Anlaß dazu vorhanden war.

Dann verteilte er das Geld an seine Spießgesellen. Diese mußten Forderungsnachweise vorlegen, in denen das Geld für eine in Wirklichkeit gar nicht existierende Strafsache verlangt wurde. Philippi bestätigte dann diese falschen Rechnungen. Darüber hinaus hat Philippi sich noch andere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. So hat er zur Vermeidung von Schadenersatzansprüchen falsche Bescheinigungen über den Empfang von Beträgen für polizeiliche Zwecke ausstellen lassen.

Die geheimnisvollen [illegible] „Lupus" und „Micus"

Nicht genug, daß die Gelder der, Massen von hungernden Arbeitermassen [illegible] wurden, so [illegible] erklärende Beamte unschuldig [illegible] wurden, traf Philippi es auch zu, daß [illegible] in der Phantasie der wirklichen [illegible] Nachtgroschenjungs ausgezahlt wurden. [illegible] es zum Beispiel eine Menge Quittungen, die [illegible] die Namen „Lupus" und „Micus" ausgestellt sind. Doch niemand kann Aufschluß darüber geben, wo diese [illegible] erfolgen. Und ausgerechnet Lupus und Micus [illegible] den größten Teil des „Verbrecherfonds" gefaßt.

Das skandalöseste aller dieser Polizeiskandal, der ganz nach amerikanischem Muster in [illegible] aufgedeckt wurde, ist jedoch die Tatsache, daß [illegible] die Menschen jahrelang treiben konnten, [illegible] kontrolliert wurden. Dieses Vorgehen gegenüber der [illegible] diese Spießgesellen [illegible] als treue, unbestechliche Ordnungshüter, als [illegible] erhalten haben.

Überschwemmungs-Katastrophe in Mexiko

Der mittelamerikanische Staat Mexiko war in den letzten Wochen zu wiederholten Malen das Gebiet verheerender Unwetterkatastrophen, die allerorts schwere Schäden anrichteten und zahlreiche Menschenleben forderten. Unser Bild zeigt die Wirkung einer derartigen Katastrophe, die vor kurzem die Stadt Palchuca heimsuchte.

*

Not und Elend in den schlesischen Dörfern

Hochwasserkatastrophe in Schlesien

Zahlreiche Dörfer unter Wasser — Staudämme gebrochen — Zahllose Dorfbewohner haben das Letzte verloren

Liegnitz, 28. Oktober. Infolge der langanhaltenden Regengüsse der letzten Tage sind in Niederschlesien zahlreiche Dörfer und Felder kilometerweit überschwemmt. Die Oder sowie sämtliche Neben- und Zuflüsse sind riesig angeschwollen. Bei Liegnitz ist der Katzbachdamm, bei Rüstern der Schwarzwasserdamm gebrochen.

Der Bruch des Katzbachdammes, der am Dienstag vormittag bei Altbeckern erfolgte, hatte zur Folge, daß die Fluten im Nu sämtliche in der Nähe gelegenen Gehöfte unter Wasser setzte. Vielfach konnte selbst das Vieh nicht mehr rechtzeitig gerettet werden. Die verzweifelten Bemühungen der um ihr Letztes kämpfenden Dorfbewohner, mit Sandsäcken die Dammrisse auszufüllen, mißlang. Das Wasser spülte die Säcke rasch hinweg.

Von Dorf zu Dorf versuchen die Bewohner sich durch Läuten der Glocken zu verständigen. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln sind schwere Schäden angerichtet worden. Zwischen Bentschen in Polen und Neu-Bentschen mußte wegen Sperrung des Hauptgleises der eingleisige Betrieb eingerichtet werden. Die Not unter der niederschlesischen Dorfbevölkerung steigt von Stunde zu Stunde.

Auch an der Ostsee, besonders im Stettiner Haff, haben die Nordweststürme am Montag große Ueberschwemmungen verursacht. Schuppen und Scheunen ragen wie Inseln aus der Flut. Die riesigen Holzlager der Papierfabrik Feldmühle sind vom Wasser umspült.

Die Leidtragenden bei dieser Naturkatastrophe sind, wie immer, die Arbeiter und die kleinen Bauern. Während die reichen Kulaken durch ausreichende Versicherung gedeckt sind, stehen die kleinen Eigentümer nach einer solchen Katastrophe völlig mittellos da.

Für deinen Lohn

zur Abwehr des auch gegen dich gerichteten Generalangriffs der Unternehmer auf allgemeinen Lohnabbau

kämpfen die Berliner Metallarbeiter

Nicht nur Pflicht der proletarischen Solidarität, sondern dein eigenes Interesse gebietet, ihnen die Mittel zum Durchhalten zu geben.

Darum gib:

Im Betrieb für den Streikfonds der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!
In den proletarischen Massenorganisationen, in den Wohnbezirken für die Streikhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe!

Ständiger Geburtenrückgang

Nach der Reichsstatistik ist im ersten Vierteljahr 1930 die Zahl der lebend Geborenen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um weitere 4300 gesunken.

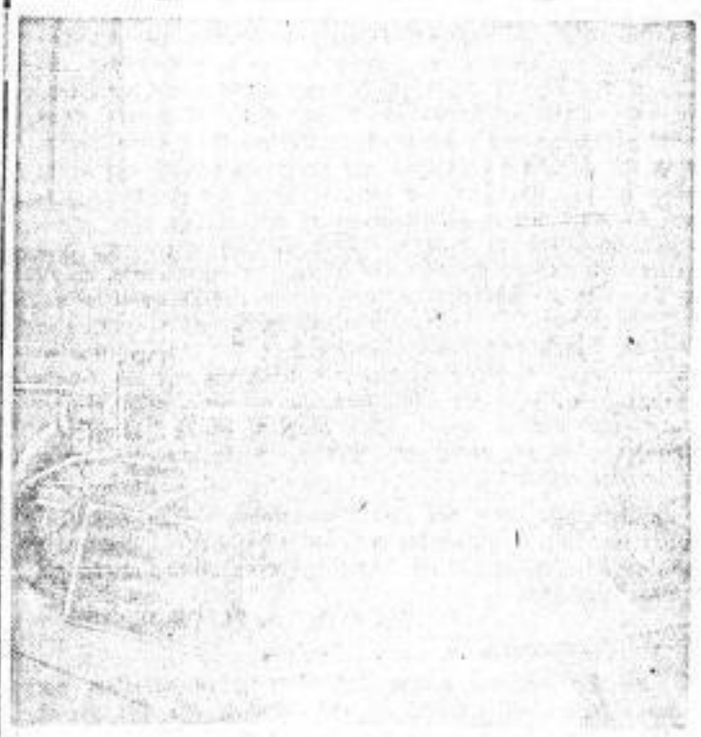
Die Geburtenziffer hat dadurch um 18,4 Geburten auf 1000 Ehen den statistischen tiefsten Punkt erreicht. 1913 kamen auf 1000 Ehen noch 27,2 Geburten.

Und das trotz zunehmender Zahl der Heiraten, also zunehmenden Bestandes an fortpflanzungsfähigen Ehen. Die bewußte Geburtenbeschränkung macht also immer weitere Fortschritte. Im Empfinden der Arbeitermassen bedeutet diese Abtreibung eben keine Gesetzwidrigkeit mehr, ist vielmehr zu einem Mittel der Anpassung des Familienstandes an die wirtschaftliche Situation geworden.

Sehr wichtig ist in dieser Hinsicht auch die Feststellung, daß die so verlästerte und „moralisch" zum Lande in Gegensatz gestellte Großstadt (Orte über 100 000 Einwohner) seinen um 0,1 Prozent besseren Geburtenstand aufweist als der Durchschnitt Deutschlands.

Schnee in den Bergen

Im Riesengebirge ist am Dienstag früh Neuschnee gefallen, der stellenweise bis zu 55 Zentimeter hoch liegt. Auch auf dem Feldberg und dem Brocken gingen riesige Schneemassen nieder.



Auf der Internationalen Automobilausstellung in Prag wird unter anderem auch [illegible] Auto ausgestellt, das vor 55 Jahren [illegible] wurde. Vergleicht man dieses Vehikel mit dem modernen Typ unserer heutigen Autos, so bekommt man einen Begriff, wie die Technik sich innerhalb 55 Jahren entwickelt hat, aber gleichzeitig wird es jedem Arbeiter bewußt, daß er wenig Anteil an dieser rasenden Entwicklung des menschlichen Fortschritts [illegible]. Darum gilt auch hier rücksichtslos zu kämpfen, damit die Arbeiterschaft endlich Herr der Produktionsmittel wird.

Kampf gegen die faschistische Ausbeuterdiktatur!

P. L. Der ADGB hat, angeblich um die Arbeitslosigkeit zu mildern, vorgeschlagen, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Die DMV-Bürokratie hat bei den Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks ebenfalls den Unternehmern das Angebot der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich gemacht, was einen durchschnittlichen Lohnabbau von über 16 Prozent bedeuten würde. Die Gewerkschaftsbürokratie begründet ihre Bereitwilligkeit zu dieser Lohnkürzung mit ihrer angeblichen „Solidarität für die Erwerbslosen", die dann wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden könnten, wodurch die Kaufkraft gesteigert und die Krise zum Schwinden gebracht würde.

Der Vorschlag der Gewerkschaftsbürokratie wird in der gesamten kapitalistischen Presse auf das lebhafteste diskutiert und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — abgelehnt. Die Kapitalisten polemisieren höhnisch gegen das Argument, daß die Krise mit der Hebung der Kaufkraft der Arbeiter behoben werde. Sie sagen mit Recht, daß der Vorschlag der Gewerkschaftsbürokratie, den Lohn der Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit abzubauen und eine entsprechende Anzahl Erwerbsloser einzustellen,

> nur eine andere Verteilung des Einkommens der Arbeiter ist, keineswegs aber zusätzliche Kaufkraft schafft, die als Abnehmer, als Konsument der kapitalistischen Ware in Frage kommt.

Die Kapitalisten behaupten, daß die Krise nur durch die Senkung der Preise, deren Höhe von der Höhe der Löhne abhängig sei, beseitigt werden könne. Zu diesem Zwecke sei eine Senkung der „Selbstkosten", deren wesentlicher Bestandteil die Löhne seien, also ein Lohnabbau notwendig. Die Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich würde bei Einstellung einer entsprechenden Anzahl von Erwerbslosen die „Selbstkosten" nicht verringern, sondern erhöhen, weil ja die „sozialen Lasten" (Versicherungsbeiträge usw.) die Verwaltungskosten sowie die Einrichtung neuer Arbeitsplätze größere und laufende Ausgaben bedingten.

> Die Selbstkosten könnten nicht nur durch weniger Arbeit, sondern nur durch mehr unbezahlte Arbeit, also durch gleichbleibende Arbeitszeit bei Lohnabbau und erhöhter Arbeitsleistung gesenkt werden.

Ein zweifellos wichtiger Grund, weshalb die Kapitalisten gegen die 40-Stunden-Woche auch ohne Lohnausgleich sind, ist die Tatsache, daß die Kapitalisten die Hoffnung hegen, die Krise zu überwinden. In der Zeit der Konjunktur, oder auch nur eines geringen Aufschwunges, würde die jetzt festgelegte 40-Stunden-Woche die Unternehmer hindern, die Situation voll auszunutzen. Wenn auch der Vorschlag der Gewerkschaftsbürokratie von den Kapitalisten abgelehnt wird, so liegt er doch im unmittelbaren Interesse der Kapitalisten. Er liegt in der Linie des Lohnabbaues, was von der gesamten kapitalistischen Presse anerkannt wird.

Die Vorschläge der Gewerkschaftsbürokratie und die breite Diskussion darüber sind vom Standpunkt der kapitalistischen Klasse keineswegs überflüssig, sondern dienen dazu, die Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft und die Unfähigkeit der Kapitalisten, die Krise zu beseitigen, vor den Massen zu verschleiern. Die Gewerkschaftsbürokratie will in der Arbeiterklasse die Illusion erwecken, als wenn die Arbeitslosigkeit in dieser kapitalistischen Gesellschaft, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch gemildert werden könnte. Gewerkschaftsbürokratie und Kapitalisten verschweigen bei der ganzen Diskussion mit Fleiß die Ursachen der Krise und damit die Ursachen der Erwerbslosigkeit; die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die das Chaos hervorrufen.

Ein sichtbares Ergebnis der kapitalistischen Anarchie ist die in allen Produktionszweigen vorhandene Ueberproduktion. Der Markt und die Warenlager sind überfüllt. Die Kaufkraft der breiten Massen, der Arbeiter und der Mittelschichten ist durch die Lohn-, Steuer- und Zollpolitik der besitzenden Klasse und ihres Staates ruiniert.

> Die breiten Massen leiden Not, während es Waren, Gebrauchsgüter und Lebensmittel in Hülle und Fülle gibt.

Die Folge dieses kapitalistischen Unsinns und Widersinns ist eine Stockung der Produktion, die Stillegung von Fabriken, das Wachsen der Erwerbslosigkeit, die Einführung von Kurzarbeit usw., die Vergrößerung des Elends der werktätigen Massen. Gegenwärtig sind über 3 Millionen Arbeiter ohne Arbeit und zirka 2 Millionen arbeiten kurz, d. h. weniger als 48 Stunden in der Woche. Der kapitalistische Produktionsapparat wird gegenwärtig nur bis zu 50 Prozent seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt.

Die schwerindustrielle Bergwerkszeitung führt in einer längeren Abhandlung aus, daß die Rationalisierung und Kartellierung der Industrie soweit fortgeschritten sei, daß

> „in jedem Industriezweig einige wenige Werke beinahe allein in der Lage sind, auf Grund ihrer technischen Einrichtungen und ihrer kaufmännischen und organisatorischen Durchbildung den ganzen Bedarf des Marktes zu decken, ohne die vermehrte Produktion erst durch wesentliche Neueinstellung von Arbeitern möglich machen zu müssen."

Die Bergwerkszeitung führt als charakteristisches Beispiel den Winterhall-Konzern an, von dem zwei Werke ausreichen, „die gesamten Anforderungen des Kalisyndikats an schwefelsaurem Kali mit Leichtigkeit jeden Tag zu übernehmen."

Die Rationalisierung und Kartellierung der deutschen Industrie hat bereits einen sehr hohen Stand erreicht. Einige wenige Kartelle beherrschen die Produktion, z. B. das Kohlensyndikat, das Eisen- und Stahlkartell, große Konzerne in der Fertigindustrie, wie AEG, Siemens, IG-Farben usw.

Diese Konzerne sind mächtige kapitalistische Monopole, die die „freie Konkurrenz" ausschalten, den Markt beherrschen und die Preise diktieren. Dadurch erzielen die den Kartellen angeschlossenen Unternehmer Monopol-Profite, die das Vielfache des Herstellungspreises betragen. Der Herstellungspreis einer elektrischen Glühlampe beträgt z. B. 16 Pfennig, der Verkaufspreis dagegen 1,20 RM; der Herstellungspreis eines Staubsaugers 38,50 RM., der Verkaufspreis dagegen 140 RM.; der Herstellungspreis eines Autos 20 bis 25 Prozent des Verkaufspreises. Die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis ist abzüglich der Handelsunkosten der sogenannte „Reingewinn", der Profit der Unternehmer. Da die „freie Konkurrenz" sowie der „freie Handel" (die Verkaufspreise sind vorgeschrieben) durch den Monopol-Kapitalismus aufgehoben und der Innenmarkt durch hohe Schutzzollmauern gegen die Konkurrenz anderer mächtiger Monopole der ausländischen Kapitalisten geschützt ist, können die Monopolkapitalisten die Preise weit über den Weltmarktpreis in die Höhe treiben (der Eisenpreis liegt 20 bis 40 Prozent über dem Weltmarktpreis!) und die werktätige Bevölkerung durch die Monopolpreise ausplündern. In dem Preis einer jeden Ware, ganz gleich, ob es ein technischer Gebrauchsgegenstand oder Brot ist, ist ein Stück Monopolprofit enthalten, da die Preise der Produkte der Schlüsselindustrie (Eisen und Kohle) Monopolpreise sind und durch den Produktionsprozeß in die Preise der anderen Waren eingehen.

> Die Tribute, die die Massen dem Monopolkapital in Gestalt der erhöhten Monopolpreise zahlen, betragen ein Vielfaches der Reparationslasten.

Der monopolistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft sichert den Kapitalisten Riesenprofite auch zu Zeiten der Krise. So konnten die ausschlaggebenden Aktiengesellschaften auch in diesem Jahre unerhörte Reingewinne machen und hohe Dividenden an ihre Aktionäre auszahlen.

> Da die Kapitalisten um des Profits willen produzieren, ihr Profit aber durch die Monopolpreise auch bei verringerter Produktion und Absatz gesichert ist, fällt für sie die Notwendigkeit, die Preise zu senken und damit den Absatz zu beleben, fort.

Wenn die deutschen Monopolkapitalisten jetzt die Preise senken wollen, so tun sie dies keineswegs aus freien Stücken, sondern werden durch die Krise und von der Konkurrenz, die die angekündigten Preissenkung liegen die Warenpreise weit über dem Weltmarktpreis und stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen der Rohstoffe. Der Großhandelspreisindex für Kleidung (ohne Schuhe) betrug z. B. im April d. J. (1913 = 100) 168,2 und fiel bis Juli auf 166,1. Der Index für Textilrohstoffe war im April 115,7 und fiel im Juli auf 105,3, also um 10,4 Punkte.

> In dem Fallen der Rohstoffpreise drückt sich das durch die Krise hervorgerufene Sinken der Weltmarktpreise aus, während das nur geringe Absinken der Großhandelspreise gegenüber dem Rohstoffindex noch eine Erhöhung der Profite der Kapitalisten anzeigt

In diesem Beispiel sind die Kleinhandelspreise, die der Verbraucher zahlen muß, nicht berücksichtigt. Es charakterisiert aber trotzdem den Preissenkungsschwindel der Brüning-Regierung und der Unternehmer, der von ihren sozialfaschistischen Lakaien — Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie — unterstützt wird.

Der monopolistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft ist die Ursache der immer weiteren Verelendung der Massen und der unerhörten Bereicherung einer kleinen Schicht kapitalistischer Ausbeuter. Der Monpolkapitalismus ist der sterbende Kapitalismus, der wie ein Schmarotzer am Volke zehrt.

> Ein widerliches Ungeziefer, das immer von neuem über die werktätigen Massen herfällt und die besten Kräfte wegfrißt.

Der Kapitalismus kann sich nur noch am Leben halten, indem er die Leiden und das Elend der von ihm ausgebeuteten und unterdrückten Millionenmassen ins Ungeheuerliche steigert und zugleich, weil die Methoden der „demokratischen" Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung sich als untauglich erweisen, seine nackte, brutale faschistische Diktatur errichtet.

Die reformistischen Verräter an der Arbeiterklasse verschweigen diese Tatsache vor den Arbeitern und wollen sie durch illusionäre Rezepte vom Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und gegen das gesamte kapitalistische, verbrecherische System abhalten. Sie denken gar nicht daran, den Kampf um die Vierzigstundenwoche, um die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, um die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse, die Erhöhung der Löhne usw. zu führen. Im Gegenteil, sie singen Lobeslieder auf den Monopolkapitalismus, der, wie Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD ausführte, als „organisierter Kapitalismus in den Sozialismus hineinwächst". Die SPD hat zur Rettung dieses schmutzigen Kapitalismus ungezählte Verbrechen und Verrätereien an der Arbeiterklasse begangen. Ihr jüngster Verrat ist die Rettung der faschistischen Brüning-Regierung, deren Raubprogramm das Programm des Monopolkapitalismus, das Programm des Lohnraubes, der Massenausplünderung ist.

Der Kampf um die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich, die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, der Kampf um jeden Pfennig Lohnerhöhung kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die Arbeiterklasse den Kampf gegen die gesamte Ausbeuterklasse und ihre sozialfaschistischen und faschistischen Lakaien aufnimmt. Der Kampf um Lohnerhöhung ist zugleich ein Kampf gegen den Faschismus als der Herrschaftsform des Monopolkapitalismus.

Wie die russischen Arbeiter die Vierzigstundenwoche erst einführen und die Geißel des Kapitalismus, die Erwerbslosigkeit erst liquidieren konnten, indem sie die Macht der Ausbeuter brachen, so wird auch das deutsche Proletariat sein Elend nur auf dem gleichen Wege wie die russischen Arbeiter beseitigen können! Sturz der Bourgeoisie, Errichtung der Diktatur des Proletariats als die Herrschaftsform der großen Massen des werktätigen Volkes über die Ausbeuter von heute, Uebernahme der Bergwerke, Erzhütten und Fabriken in die Hände der Arbeiterklasse, das ist das Ziel, um dessen Erreichung die Arbeiter kämpfen müssen, um dem Elend der werktätigen Massen Herr zu werden.

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Schneller, M. d. R., Berlin; für Lokales und Feuilleton: Willy Heinzer, Dresden; für Sport: Albert Zwicker, Dresden; für Inserate: Arthur Burkert, Dresden. — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. Druck: Peuvag, Druckereifiliale Dresden, Güterbahnhofstraße 2.

Genosse Rudolf Margies ist frei!

Schon wieder aktiv in der revolutionären Klassenfront!

Bochum, 28. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag wurde unser Genosse Rudolf Margies nach einer siebenjährigen Kerkerzeit aus dem Bochumer Zentralgefängnis entlassen. Er, dessen Kopf zweimal vom Staatsanwalt gefordert wurde, den die Bourgeoisie mit tiefer Ueberzeugung haßt, kommt als aufrechter und standhafter, revolutionärer Kämpfer in die Reihen des Proletariats zurück. Die Brutalität der Klassenjustiz konnte seinen starken Willen und seine tiefe Ueberzeugung für den Kampf der unterdrückten Klasse zur Befreiung vom Kapitalismus nicht brechen.

Der Genosse Margies wurde von den führenden Genossen der Bezirksleitung der Partei und der Roten Hilfe im Ruhrgebiet, den Genossen Florin, Saefkow und Behrend aus dem Kerker in Bochum abgeholt und im Auftrage unseres ZK und der BL Ruhrgebiet vom Genossen Florin begrüßt. Mit dem Genossen Margies wurde zugleich der politische Gefangene Ebers, der zum Tode verurteilt wurde, freigelassen.

7 Jahre führten die klassenbewußten Arbeiter einen zähen Kampf um den im Kampf erprobten Genossen Margies mit dem Resultat, ihn den Klauen der Klassenjustiz zu entreißen. Rudolf Margies macht sofort eine Versammlungstournee, um neue Kämpfer für die proletarische Revolution zu werben. Das Proletariat stellt mit Genugtuung seinen Teilsieg fest und wird weiter vorstoßen.

Wieder eine Notverordnung zum Unterstützungsraub!

Wieder „linke" Manöver

Dresden, 28. Oktober.

Wie die bürgerliche Morgenpresse berichtet, sollen noch vor Zusammentritt des Reichstages einige Notverordnungen verkündet werden. Es handelt sich um eine agrarische Notverordnung, die den Junkern Millionen zuschanzen soll und um eine sozialpolitische Notverordnung, die sich mit der Reform der Arbeitslosenversicherung, also mit einem neuen, weitgehenden Unterstützungsraub befaßt.

Wie bekannt, haben die Kommunisten vor wenigen Tagen die Reichstagseinberufung verlangt. Der „linke" Löbe hat abgelehnt. So werden neue Notverordnungen unter Ausschaltung des Parlaments, mit ausdrücklichem Einverständnis der SPD-Führer in Kraft gesetzt.

Die Tatsache, daß der SPD-Braun Preußens in der kommenden Reichsratssitzung dem neuen Haushaltetat zustimmen wird, versieht das Blättchen des Herrn Seydewitz mit der Ueberschrift: „Wir warnen", und schreibt: „Die Parteigenossenschaft im Lande würde ein solches Verhalten nicht verstehen."

Derselbe „linke" Rummel also wie vor dem 18. Oktober! Was Herrn Seydewitz nicht daran hinderte, am 18. Oktober für Brüning zu stimmen. Schon jetzt müssen alle klassenbewußten Arbeiter auf den bevorstehenden neuen Verrat der SPD-Führer hinweisen und mit den sozialdemokratischen Genossen gemeinsam die Klassenfront gegen den Verrat organisieren.

Erwerbslose für die Beschlüsse der Konferenz revolutionärer Gemeindevertreter!

Die Erwerbslosen von Lichtenstein-Callenberg nahmen zu der politischen Lage Stellung und forderten vom Rat und den Stadtverordneten Gewährung einer Notstandsbeihilfe für Verheiratete 30 RM, für Ledige 20 RM, für jedes Kinder 7,50 RM. Ferner fordern sie: Alle Krankenschein- sowie Rezeptgebühren der Erwerbslosen- sowie Fürsorgeempfänger übernimmt die Wohlfahrtskasse der Stadt Lichtenstein-C. Sollten unsere Forderungen abgelehnt oder in dem zuständigen Ausschuß begraben werden, behalten sich die Erwerbslosen weitere Schritte vor.

Alle kommunistischen Gemeindevertreter haben sofort mit dem Erwerbslosenausschuß Erwerbslosenversammlungen abzuhalten, um zu dem Kampfprogramm der Gemeindevertreterkonferenz und Durchführung einer Winterkampagne Stellung zu nehmen. Wo keine Erwerbslosenausschüsse bestehen, haben die roten Gemeindefunktionäre von sich aus Versammlungen abzuhalten.

„... In einem Vierteljahr eine Ruine"

„Die Leipziger Volkszeitung schreibt nicht die Wahrheit" — Verrat ist das Sprengpulver in der SPD — SPD-Arbeiter, zu uns!

Die „SAZ" berichtet über eine Versammlung der Jungsozialisten in Brandis-Beucha, in der über „Arbeiterschaft und Reformismus" referiert wurde. In der Diskussion erklärte ein Jungsozialist, daß die SPD-Führung die schlechte Organisation der Jugend verschuldet habe, weil sie sich geradezu sträubt, Jugendliche in den Funktionärkörper aufzunehmen. Die Politik des Parteivorstandes wurde von dem Diskussionsredner als „Politik von verkalkten Bonzen" charakterisiert. Der Referent Jahn sagte wörtlich in seiner Erwiderung:

> **„Wenn es so weiter geht, ist unsere Partei in einem Vierteljahr eine Ruine!" Weiter erklärte er, es ist auch richtig, daß die Volkszeitung nicht die Wahrheit schreibt, sie „könne aber auch nicht" alles veröffentlichen.**

Außerdem appellierte er an die Jugend, die Opposition zu stärken, wie es die „Linken" ständig machen. Der Zweck dieser seit Jahren geübten Praxis ist klar, durch die Illusionen von der „Eroberung der Partei durch die Linken" sollen die Mitglieder bei der Stange gehalten werden.

Aber die „Linken" haben auch durch die Abstimmung am 18. Oktober bewiesen, daß sie praktisch mit dem Parteivorstand durch dick und dünn gehen. Heraus aus der SPD! Hinein in die KPD ist deshalb die Losung aller ehrlichen Arbeiter!

„Wir leiden zwar unter dieser Republik ..."

Schwere Depression in der SPD Altona — Arbeiter werfen den Führern ihren Verrat vor

Unser Bruderorgan, die „Hamburger Volkszeitung", berichtet über die Mitgliederversammlung der SPD in Altona vom 23. Oktober, in der die SPD-Arbeiter scharf mit dem Parteivorstand abrechneten. Der Referent Biester erklärte in seinem Referat:

> **„Wir leiden zwar unter dieser Republik, aber sie ist doch unsere Republik!"**

Diese jämmerlichen Töne eines SPD-Führers zeigen den ganzen Katzenjammer, der sich bei diesen Herrschaften bereits bemerkbar macht. Der Diskussionsredner Ruth griff besonders

> **die Einführung des Sechsstundentages ohne Lohnausgleich an und stellte fest, daß es unter der Würde eines Arbeiters sei, für einen solchen jämmerlichen Lohn, der für diese sechs Stunden ausbezahlt wird, zu arbeiten. Diese Maßnahme, wie sie von Nowack in Harburg durchgeführt worden ist, hat weder den Erwerbslosen noch den Betriebsarbeitern geholfen, sondern lediglich dem Staat und den Unternehmern. Er erklärt, daß er solche Maßnahmen nicht begreife.**

In seinem Schlußwort wiederholte Biester noch einmal seine alten Phrasen.

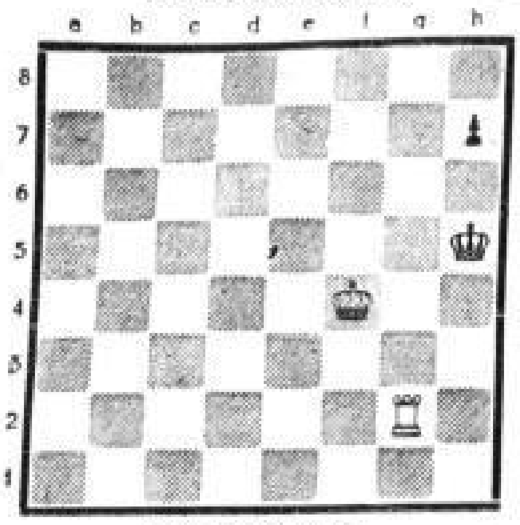
Charakteristisch für die Empörung der SPD-Arbeiter war, daß sie die Versammlung empört verließen, als sie merkten, wie von der Versammlungsleitung die Diskussionsredner abgewürgt wurden.

Die Depression der SPD-Arbeiter, die nicht mehr dem Parteivorstand und seiner Politik zu folgen vermögen, muß unsere Genossen anspornen, durch kameradschaftliche Diskussionen sie zu überzeugen, daß sich alle Arbeiter unter Führung der KPD zum Kampf gegen den mörderischen Kapitalismus zusammenschließen müssen. Das ist der einzige Weg zum Sieg des Proletariats.

Arbeiterschach

Bearbeitet vom Dresdner Arbeiter-Schachverein
(Mitglied des Proletarischen Kulturkartells)

Aufgabe 151
W. A. Shinkmann
Treffin-Tribüne, ca. 1898.



Matt in drei Zügen.

Kontrollstellung:
Weiß: Kf4, Tg2; Schwarz: Kh5, Bh7 (2×2 3 Zügen matt).
Berichtigung: Aufgabe 150 ist ein Dreizüger, wie in Kontrollstellung richtig angegeben.

Partie Nr. 31
Englische Partie (durch Korrespondenz)

Weiß: Otto Dankert, Kiel — Schwarz: Viktor Schaffartsik, Jena:

1. c2—c4, c7—c6; 2. Sb1—c3, d7—d5; 3. c4×d5, c6×d5; 4. d2—d4, Sb8—c6; 5. Lc1—f4, Lc8—f5 (?!); 6. e2—e4 (!?). Ein wagehalsiges Bauernopfer, welches jedoch von Schwarz in feiner Weise widerlegt wird. Solider dürfte der normale Entwicklungszug e2—e3 sein. 6. ...., Lf5×e4! Trifft den Nagel auf den Kopf. Schlecht wäre d5×e4, wegen des Bauernvorstoßes d4—d5. 7. Sc3×e4, d5×e4; 8. d4—d5, Dd8—a5+; 9. b2—b4. Ein zweites men, und der Bauer d5 geht nach Sb4 nebst nachfolgendem Sc6 doch verloren. 9. ...., Sc6×b4; 10. Lf4—d2, Da5—a3 (!); 11. Lf1—b5+, Ke8—d8; 12. Sg1—e2, a7—a6; 13. Lb5—c4, Ta8—c8; Schwarz steht bereits überlegen; 14. Lc4—b3, Sb4—d3+; 15. Ke1—f1, g7—g6; 16. Ld2—c3, Sg8—f6; 17. f2—f3 (?). Hierauf bricht das schwarze Spiel rasch zusammen. Lc3×f6 nebst nachfolgendem g3 und Kg2 war hier am Platze. 17. ...., Tc8×c3 (!); 18. Se2×c3, Da3—b2 (!); 19. Sc3—e2, Sf6—g4 (!!) Großartig gespielt. Auf diesen genialen Zug gab Weiß sofort auf, denn f3×Sg4 geht nicht wegen Dh6+ und undeckbarem Matt, und auf 20. Kg1 folgt Se3. Eine kurze, aber sehr schöne Partie (Anmerkungen von Georg Bischoff, Fränkische Tagespost, 22. Dez. 1929.)

Lösungen, Zuschriften usw. für die Schachspalte an Erich Schmalz, Dresden-A. 1, Bartholomäistraße 14, III.

Freie Turnerschaft Tharandt, Hintergersdorf u. Umg. (E. V.). Einem schon lange geäußerten Wunsche nachkommend, hat der Verein für Körperkultur, die Freie Turnerschaft Tharandt u. Umg., für Donnerstag den 30. Oktober 20 Uhr im Stadtbad-Hotel Tharandt einen Filmabend angesetzt. An die Arbeiterschaft des Ortes, sowie der näheren Umgebung wird die Bitte gerichtet, durch starke Beteiligung den Abend zu einem Erfolg für unsere gemeinsamen Bestrebungen zu machen.

ARKB, Bez. Groß-Dresden. 31. 10.: Bezirksschlußtour Gasthof Haltermig. Abf. der Abteilungen 18 Uhr von ihren Abteilungslokalen. — Altstadt. 2. 11.: Jahntour Lößnitzgrund. Treffen 18,30 Uhr Wilder Mann. Jugend: 1. 11.: Versammlung 19,30 Uhr Ratskeller. — Cotta. 30. 10.: Abteilungsversammlung 19,30 Uhr Anker. — Motorradfahrer Dresden 1. 2. 11.: Tour Meißen, Nossen, Ebersdorf, Sachsenburg (Volkshochschule), Frankenberg, Frankenhain, Freiberg, Dresden. Start 8 Uhr Strehl. Wicken. — Striesen-Johannstadt. Jugend: 3. 11.: Versammlung 19,30 Uhr Landsknecht. — Süd. 1. 11.: Versammlung 20 Uhr Dorotheenhof. — Betriebsjugendabteilung. 8. 11.: Jugendwerbeabend im Gasthof Prohlis. Abf. der gesamten Jugend per Rad 18,30 Uhr vom Bismarckplatz (Sedanstraße). Bei schlechtem Wetter fahren die Sprechchor-Mitglieder per Straßenbahn (Linie 13 bis Altreick).

Ortsgruppe Freie Menschen (E. V.), Dresden u. Umg. Donnerstag den 30. Oktober um 19,30 Uhr Holbeinstraße 117, Hinterhaus: Vortrag des Genossen Lehrer Mai von der Versuchsschule, Georgplatz: „Reform in der Schule — ein neuer Mensch".

Freie Elternvereinigung der 9. und 10. Volksschule. Monatsversammlung am Mittwoch, dem 29. Oktober, 20 Uhr, im Restaurant zur Bürgerwiese (Ecke Carusstraße). Ref.: Sexuelle Erziehung in Schule und Haus.

Genosse Renner spricht

am 30. Oktober 1930 um 11 Uhr in Hammers Hotel, Dresden-Striesen, Augsburger Straße, über das Thema: „Der kommende Hungerwinter und die Haltung der Parteien"

bei den Erwerbslosen

Noch heute werde Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus!

Ueberall, besonders auf dem flachen Lande, wächst der Kampfbund gegen den Faschismus. Die kleinen Bauern und Landarbeiter, die Mittelständler, Angestellten und Beamten, sie schließen sich uns an. Willst du abseits stehen? Nein!

So fülle diesen Aufnahmeschein aus und sende ihn an die Adresse: Arno Schönherr, Dresden, Josephinenstraße 5, 2. Et., oder gebe ihn in einem der nachstehenden Werbelokale ab:

Anmeldungen zur Teilnahme zum Antifaschistischen Jugendaufgebot in Freiberg am 25. und 26. Oktober werden im Büro des KJVD, Columbusstr. 9, entgegengenommen. Dortselbst können jetzt schon Fahrkarten zum Preise von 1 Mark für Erwerbslose und 1,50 Mark für Vollarbeiter entgegengenommen werden.

Aufnahmeschein
Kampfbund gegen den Faschismus

Name . . . .

Wohnung . . . .

Betrieb . . . .

. . . . . . , den 1930

. . . .
(Unterschrift)

Quittung

10 Pf. Eintrittsgeld für den Kampfbund gegen den Faschismus entrichtet.

. . . . , den 1930

. . . .
(Unterschrift)

Mitteilung

Ich eröffne am Donnerstag, dem 30. Oktober, eine neue Fabrikverkaufsstelle

Freital, Markt 1

um den geschätzten Einwohnern in Freital-Potschappel, Deuben und Umgebung Gelegenheit zu geben, meine anerkannt vorzüglichen, dabei zeitgemäß billigen Erzeugnisse fabrikfrisch einkaufen zu können.

Mein seit 30 Jahren bestehendes Unternehmen, mit einer Arbeitnehmerzahl von fast 300 Köpfen und modernstem Maschinenpark ausgestattet, bietet allen die Garantie der Vorzüglichkeit und Preiswürdigkeit meiner angebotenen Fabrikate.

Einige Beispiele:

Hütchen-Pralinen	verschied. Füllungen	1 ganz. Pfd. nur 0.50
Kokosflocken	bunt	1 ganz. Pfd. nur 0.50
Husten-Drops	Anis-, Fenchel- u. Honigmalz	1 ganz. Pfd. nur 0.50
Mürbgebäck	stets frisch	1 ganz. Pfd. nur 0.60
Mürbgebäck	mit Schok.	1 ganz. Pfd. nur 0.80
Korinthenbissen	etw. Neues delikat	1 ganz. Pfd. nur 1.00
Schokoladenbruch	bek. Qualität	1 ganz. Pfd. nur 0.98
Krembruch		1 ganz. Pfd. nur 0.58
Milchnußbruch	mit ganzen Haselnüssen	1 ganz. Pfd. nur 1.20
Spitzkuchen	stark mit Schokolade überzogen	1 ganz. Pfd. nur 0.98
Spezialmischung	beliebtes Konfekt	1 ganz. Pfd. nur 0.70
Jubiläums-Kakao	stark entölt	1 ganz. Pfd. nur 0.60
1 Riesentaf. Vollmilch-Schokolade		1/2 Pfd. nur 0.70
Krokant-Stäbchen		1 ganz. Pfd. nur 1.00
1 Schlager-Paket	enth. 1 Tfl. Speiseschok., 1 Tfl. Vollmilch m. Krokant 1 Tfl. Mokka 1 Tfl. Vollmilch mit Sultaninen je 100 g netto	zus. nur 1.00
1 Rosen-Bonbonniere	mit 200 g feinen Pralinen	nur 0.65
1 Bonbonniere	mit 1/2 Pfd. feinem flüss. gefülltem Likörkonfekt	nur 1.10

Heute Gratis-Kostproben-Verteilung!

Außer den vorstehend angeführten Artikeln führe ich fast sämtliche anderen Sorten Süßwaren, wie gefüllte und ungefüllte Bonbons, sämtliche Sorten Tafelschokoladen eigener Herstellung, Pralinen, lose sowie in geschmackvollen Bonbonnieren, von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten, Geschenkartikel für alle Gelegenheiten usw. usw.

Auf Grund 30jähriger Erfahrung bin ich in der Lage, auch in stets frisch gebrannten Kaffees in den Preislagen von RM —,55 bis zu RM 1,10 für das Viertelpfund Ihnen etwas wirklich Gutes zu bieten.

Besichtigen Sie bitte meine Auslagen, Sie finden bestimmt das, was Sie suchen:

Qualitätswaren zu vorteilhaften Preisen!

Schokoladenfabrik Wilhelm Jentzsch

Elegante Anzüge

arbeitet aus Ihren Stoffen, mit sämtlichen guten Zutaten für nur **40 Mark.** Garantiert sehr guter Sitz.

Schneiderei Paschky
5 Trompeterstraße 5

Täglich frisch gerösteter **Qualitätskaffee**

Feiner Haushaltkaffee, per Pfd. 2.55 RM.
Guatemala-Mischung, per Pfd. 2.90 RM, ergiebig, gehaltvoll und preiswert. Ein Gebrauchskaffee für verwöhnte Ansprüche.
Perl-Mokka, per Pfd. 3.10 RM, sehr feines Aroma, besonders billig, für Damenkaffees bevorzugt.
Beste Sorte, per Pfd. 3.40 RM, feinster hochgewachsener Guatemala.
Costarica Pikant, per Pfd. 3.80 RM, zur Mokkabereitung für Gesellschaften.
Versand erfolgt direkt an Private, Verpackung wird nicht berechnet.
Ab 9½ Pfd. portofrei, ab 5 Pfd. wird nur halbes Porto berechnet.
Garantie: Rücknahme bei Nichtgefallen. Wir versenden nur hochwertige Qualitäten.

„Kifi", Kaffeegroßhandlung, Versand Kiel, Ringstraße 49.

Dein Weg

zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

Führt Dich

etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh

zur Arbeiter-Buchhandlg.
Flemmingstr. 5

Streichf. Farben
Lacke aller Art
Schablonen
Pinsel / Bürsten
Bohnerwachs
preiswert und gut
Lack- u. Farbengeschäft
Curt Flechsig
Pirna
Bahnhofstr. 27, Ruf 103

wirkl. billige Einkaufsquelle für Lebensmittel!

Thams & Garfs
Dresden

Webergasse 3 Tel. 15861 | Schäferstraße 18 | Pillnitzer Straße 48 Tel. 27757 | Kesselsdorfer Straße 16 Tel. 22371

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße
Möbel
aller Art
Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 31 I. Ruf Nr. 51502
Persönl. Leitung! Geprüft. Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze: Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen

Bäckerei u. Konditorei
E. Schönherr
Bärensteiner Str. 12

SLUB
Wir führen Wissen.